



**Dokumentation der Fachtagung
des Landesjugendringes NRW e.V. – Projekt Ö
am 8. September 2008 in Düsseldorf**

Impressum:

Herausgeber: Landesjugendring NRW e.V. – Projekt Ö
Martinstr. 2a
41435 Neuss
Tel.: 0 21 31/1 25 80 66
Fax: 0 21 31/1 25 81 66
E-Mail: info@ljr-interkulturell-nrw.de
Internet: www.ljr-interkulturell-nrw.de

V.i.S.d.P.: Vorstand Landesjugendring NRW e.V.

Redaktion: Marissa Turaç
Projektleiterin, Landesjugendring NRW e.V.
Martinstr. 2 a
41435 Neuss

Layout und Druck: sieprath druck service gmbh, aachen

Gefördert durch das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Neuss, August 2009

Vorwort

Martin Wonik, Vorsitzender Landesjugendring NRW e.V.

Miteinander Zukunft gestalten, unter diesem Motto könnte man die Herausforderungen einer Migrationsgesellschaft zusammenfassen. Tatsächlich liegt in der kulturellen Vielfalt der Bundesrepublik Deutschland ein enormes Integrationspotential, das bisher noch viel zu selten wahrgenommen wird.

In Kooperation mit dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW hat sich der Landesjugendring NRW daher zum Ziel gesetzt, die gleichberechtigte gesellschaftliche und politische Teilhabe, Mitwirkung, Mitgestaltung und Mitbestimmung junger Migrantinnen und Migranten sowie deren Selbstorganisationen zu fördern und zu unterstützen.

Die verbandliche Jugendarbeit bietet sich durch ihre partizipativen und demokratischen Elemente sehr gut an, MigrantInnen als PartnerInnen und Akteure anzusprechen und sie an ihren Entscheidungsprozessen aktiv zu beteiligen und in diese einzubinden. In einem dreijährigen Projekt erprobt der Landesjugendring NRW zusammen mit seinen Projektpartnern, den Jugendringen Bochum, Siegen und Wuppertal, modellhaft interkulturelle Öffnungsprozesse in Jugendringen und Jugendverbänden. Die verbandliche Jugendarbeit verfügt aufgrund ihrer Organisations- und Arbeitsstruktur über enorme Integrationspotentiale. Diese gilt es aufzugreifen und in die Praxis umzusetzen. Mit unseren Projektpartnern Bochum, Siegen und Wuppertal haben wir drei hochmotivierte Jugendringe, die sich dieser Herausforderung stellen.

Die hier dokumentierte Veranstaltung ist die erste von drei geplanten landesweiten Fachveranstaltungen im Rahmen des Projekts „Ö“ zur Interkulturellen Öffnung in der Jugendverbandsarbeit. Der Landesjugendring NRW möchte mit dieser Auftaktveranstaltung zum Einen dazu beitragen, Erfordernisse an die Jugendverbandsarbeit unter dem Aspekt interkultureller Öffnungsprozesse zu veranschaulichen. Zum Anderen möchte er die zivilgesellschaftliche Bedeutung von Vereinen junger MigrantInnen als auch deren Arbeit und Organisationen hervorheben und einer breiten Öffentlichkeit vorstellen. MigrantInnengruppen bzw. Vereine junger MigrantInnen leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration. Sie sind ein wichtiger Ausgangspunkt für den Brückenschlag zur Aufnahmegesellschaft.

Bislang fehlt ihnen jedoch eine breite gesellschaftlichen als auch politische Anerkennung, Wertschätzung und Akzeptanz ihrer bisher ehrenamtlich organisierten und geleisteten Jugendarbeit. Zum Anderen sind sie derzeit finanziell, personell und organisatorisch nicht hinreichend aufgestellt, um die anstehenden Herausforderungen zur Professionalisierung und landesweiten Koordinierung ihrer Jugendverbandsarbeit zu bewältigen. Hier besteht sicherlich noch viel Handlungs- und Unterstützungsbedarf, den wir gerne aufgreifen.

Wir freuen uns sehr, dass diese Auftaktveranstaltung zahlreich von Vertreterinnen und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen, Jugendringen und Jugendverbänden als auch von VertreterInnen aus Vereinen junger MigrantInnen als Forum zur Information, Begegnung und zum gegenseitigen Austausch und Kennen lernen in Anspruch genommen wurde.

Wir danken dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration für die Förderung des Projekts „Ö“ und die Durchführung dieser Veranstaltung. Unser Dank gilt auch allen Referentinnen und Referenten, den zahlreichen Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern für ihre wertvollen Beiträge sowie allen weiteren Mitwirkenden, die zum Erfolg dieser Tagung beigetragen haben.

Die vorliegende Dokumentation soll die in der Veranstaltung vermittelten Impulse, wissenschaftlichen Beiträge und praktischen Erfahrungen und Kenntnisse in die interessierte Fachöffentlichkeit und Politik hineinbringen.

Martin Wonik

Vorsitzender des Landesjugendringes NRW e.V.



Inhalt

Vorwort

Martin Wonik, Vorsitzender Landesjugendring NRW e.V. 3

Begrüßung und Einführung in die Tagung

Martin Wonik, Vorsitzender Landesjugendring NRW e.V. 6

Relevante Forschungsperspektiven im Rahmen interkultureller Öffnungsprozesse der Jugendverbandsarbeit

Prof. Dr. Andreas Thimmel, Fachhochschule Köln 8

Zivilgesellschaftliche Bedeutung von Migrant*innenorganisationen – Eine Bestandsaufnahme unter Berücksichtigung neuerer Entwicklungen

Dr. Anwar Hadeed, Universität Oldenburg 18

Referate und Berichte aus den Arbeitsgruppen 33

Arbeitsgruppe 1

Sozialraumorientierung in der Jugendarbeit

– Lebenswelten junger Migrant*innen

Prof. Dr. Erol Yıldız, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt / Österreich 33

Arbeitsgruppe 2

Personalentwicklung in Jugendverbänden

Projekt IMUS – Ein Beispiel gelingender Nachwuchsarbeit mit jungen Migrant*innen

Nadia Khalaf, Bezirksjugendwerk AWO Niederrhein 42

Arbeitsgruppe 3

Interkulturelle Öffnung von Jugendringen und Jugendverbänden

– Reflexion der Handlungspraxis vor Ort

Meral Sağdıç, Bildungsreferentin und interkulturelle Trainerin, Baden-Württemberg . . . 49

Arbeitsgruppe 4

Interkulturelle Kommunikation

Bahri Karakuş, Büro für internationale Angelegenheiten 56

Arbeitsgruppe 5

Migrant*innenjugendorganisationen in NRW - Ressourcen und Potentiale

Eleonora Heinze, Deutsche Jugend aus Russland NRW (DJR)

Onur Kodaş, DIDF Jugend. 61

Podium

Zivilgesellschaftliche Bedeutung von Vereinen junger Migrant*innen 67

Begrüßung und Einführung in die Tagung

Martin Wonik, Vorsitzender Landesjugendring NRW e.V.

Sehr verehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Schäfer, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte Sie recht herzlich zu unserer heutigen Veranstaltung „Interkulturelle Öffnung von Jugendringen und Jugendverbänden in NRW als Chance und Herausforderung“ begrüßen und heiße Sie herzlich willkommen. Ich freue mich sehr, dass Sie unserer Einladung so zahlreich gefolgt sind.

Der Landesjugendring NRW ist ein zuverlässiger und langjähriger Partner für die Politik. Seit unserem Bestehen haben wir die Kinder- und Jugendpolitik in NRW mitgeprägt und mitgestaltet. So wollen wir die Herausforderungen zukünftiger Kinder- und Jugendpolitik gemeinsam angehen. Wir leben in einer Migrationsgesellschaft. Rund ein Fünftel der bundesdeutschen Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund, eine Zuwanderungsgeschichte oder stammt aus einer zugewanderten Familie. Die wesentlichste Herausforderung der Zukunft liegt daher in der Integration von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Ihre gleichberechtigte Teilhabe und Mitbestimmung in dieser Gesellschaft sind zentrale Aufgaben, denen wir uns gemeinsam mit der Politik stellen müssen.

Die verbandliche Kinder- und Jugendarbeit hat sich aus ihrem Selbstverständnis heraus an alle Kinder und Jugendliche zu richten. Bislang sind jedoch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie deren Organisationen kaum bis gar nicht als Akteure oder TeilnehmerInnen in den Strukturen der Jugendverbände und Jugendringe anzutreffen. Dabei sind die Jugendverbandsstrukturen mit ihren partizipativen und demokratischen Elementen prädestiniert für eine aktive Beteiligung, Mitwirkung und Mitbestimmung von Migrantenjugendselbstorganisationen und deren Vertreterinnen und Vertretern.

Aus diesem Grund, aber auch dem eigenen Anspruch gerecht zu werden, hat sich der Landesjugendring NRW auf den Weg gemacht, jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten in den verbandlichen Strukturen zu eröffnen und zu befördern.

Die Vollversammlung des Landesjugendringes NRW hat 2004 diese Willensbekundung in einem Positionspapier zum Ausdruck gebracht und mehrheitlich beschlossen. Mit partnerschaftlicher Unterstützung des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration geht der Landesjugendring NRW mit positivem Beispiel voran und erprobt an drei Standorten in NRW die interkulturelle Öffnung von Jugendringen und Jugendverbänden stellvertretend für alle Jugendringe und Jugendverbände in NRW. Der Kinder- und Jugendring Bochum, der Stadtjugendring Siegen sowie der Jugendring Wuppertal konnten als kompetente Partner für dieses dreijährige Projektvorha-

ben gewonnen werden. Erste Erfahrungen und Ergebnisse werden Ihnen die Kolleginnen und Kollegen aus den kommunalen Jugendringen heute Nachmittag vorstellen. Auf Landesebene führt der Landesjugendring NRW Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von Vereinen junger MigrantInnen. Die ersten Kontakte sind geschlossen. Es gilt diese zu intensivieren, einander kennen zu lernen und vor allem voneinander zu lernen. Wir sind offen und heißen die Vereine junger MigrantInnen willkommen. Wir möchten die Ressourcen und Potentiale junger MigrantInnen fördern und unterstützen.

Jugendpolitik in einer Migrationsgesellschaft zu gestalten, erfordert enorme Anstrengungen. Nur gemeinsam, mit Vertreterinnen und Vertretern aus Vereinen junger MigrantInnen und Unterstützung unserer Landespolitik in NRW, können wir die Herausforderungen einer Jugendpolitik in einer Migrationsgesellschaft meistern. Mit dem Projekt Ö und der interkulturellen Öffnung der Jugendverbandsstrukturen legen wir die ersten Meilensteine für eine gemeinsame Kinder- und Jugendpolitik. Als Gesellschaft brauchen wir die Ressourcen und Potentiale der in diesem Land aufwachsenden jungen Generation.

Integration gelingt nur durch Partizipation und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien sowie deren Organisationen.

Verehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Schäfer, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich heiße Sie nochmals herzlich willkommen und wünsche Ihnen eine aufschlussreiche, informative und erkenntnisreiche Fachtagung.

Relevante Forschungsperspektiven im Rahmen interkultureller Öffnungsprozesse der Jugendverbandsarbeit

Prof. Dr. Andreas Thimmel, Fachhochschule Köln

Einleitung

Im Folgenden sollen die jugendverbandliche, jugendpolitische Diskussion und deren Eigenlogik einerseits mit der migrations- und integrationspolitischen Diskussion andererseits verbunden werden. Ich mache dabei auch Vorschläge wie Praxis, Administration und Forschung die vor ihnen liegende Herausforderungen annehmen und bewältigen können. Durch den Theorie-Praxis-Diskurs, der z.B. auch bei dieser Fachtagung stattfindet, bekommen die Wissenschaftler die Möglichkeit, Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Praxis zu systematisieren, zu bündeln und schließlich weiterzugeben. Das passiert nicht von allein, Wissenschaft braucht neben empirischen Studien auch die ständige Information über die Bildungs- und Soziale Praxis. Dies gilt gerade auch für die lokale Ebene, nötig ist die Bereitschaft der Akteure vor Ort diese Informationen Anderen zur Verfügung zu stellen und strategisch für die gesamte Jugendarbeit zu nutzen.

Grundlagen: Was heißt interkulturelle Öffnung der Jugendverbände und Projekt Ö?

Die komplexe Thematik der interkulturellen Öffnung hat in den letzten Jahren und insbesondere im Jahr 2008 stark an Bedeutung gewonnen.

„Interkulturelle Öffnung der Jugendverbände“ bedeutet „sowohl die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte in die Angebote der klassischen Jugendverbände als auch die Einbindung der Vereine junger Migrant/-innen in die Strukturen der Kinder- und Jugendverbandsarbeit.“ Diese zweifache Orientierung wurde im Selbstverständnis des NiJaf (Netzwerk interkulturelle Jugendverbandsarbeit und -forschung) festgelegt und in der Stellungnahme vom April 2008 des Bundesjugendkuratoriums (BJK 2008) in der angegebenen Formulierung übernommen.

Die Jugendverbände und Jugendringe unterscheiden sich ihrer Struktur und Organisationskultur nach von anderen Organisationen, die vielleicht aus Sicht der Administration leichter zu handhaben sind wie z.B. öffentliche Verwaltung, Schule, Hochschule, Institutionen des Sozialwesens, Wohlfahrtsverbände. Damit bedarf es auch anderer Strategien der interkulturellen Öffnung als in den genannten Bereichen. Hier setzt Projekt Ö an.

Der Landesjugendring NRW organisiert und implementiert im Bundesländervergleich mit dem Projekt Ö ein sehr ambitioniertes Praxis-, Steuerungs- und Sichtbarmachungsprojekt. Die Besonderheit von Projekt Ö liegt u.a. erstens darin, dass die lokale Ebene der Stadt- und Kreisjugendringe als operative Ebene im Hauptfokus liegt. Hier werden die Projekte angestoßen, durchgeführt und sichtbar. Auf der örtlichen Ebene werden Formen der interkulturellen Öffnung gelebt und durch das Projekt Ö werden die kon-

kret handelnden Personen unterstützt. Manche Aktivität wird allein auch durch die Tatsache, dass es diesen Prozess jetzt gibt, neu angestoßen oder umjustiert (www.ljr-nrw.de). Zweitens hebt das Projekt auf die Strukturebene ab und lässt damit langfristige strukturelle Wirkung erwarten. Dies kann die Wirklichkeit in einigen Städten verändern, zumindest aber die Bündelung und Sichtbarmachung all dessen vorantreiben, was sowieso schon läuft. Somit erhält die Summe der einzelnen Teile einen neuen Charakter. Das Projekt Ö wird aber auch den gesamten Diskurs über Jugendverbandsarbeit in NRW voranbringen, da systematische Hinweise zur interkulturellen Öffnung der Jugendringstruktur erfasst werden, die dann von anderen Akteuren in anderen Städten oder Landkreisen übernommen werden. Unstrittig ist, dass ein solcher Prozess ohne eine koordinierende Stelle, die mit Expertise und finanziellen Ressourcen ausgestattet ist, kaum möglich bzw. nicht erfolgreich sein kann.

Grundlagen: Jugendverbandsarbeit / Jugendarbeit

Jugendverbandsarbeit und die Arbeit der Jugendringe auf den verschiedenen Ebenen sind ein wichtiger Teil der Kinder- und Jugendarbeit. Hauptkennzeichen und Strukturmerkmale der Jugendverbände sind Selbstorganisation, demokratischer Aufbau, Freiwilligkeit, Ehrenamtlichkeit, Wertorientierung und Interessenvertretung. Sie sind unabhängig von staatlicher Einflussnahme, werden jedoch im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes aus öffentlichen Mitteln der lokalen Ebene sowie der Landes- und Bundesebene gefördert. Aufgrund ihres demokratischen Aufbaus verstehen sich die Jugendverbände als Interessenvertretung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (...). Auch auf der Ebene der EU und des Europarates spielen Jugendverbände eine wichtige Rolle.

Kinder- und Jugendarbeit hat in § 11 des SGB VIII (KJHG) seine nicht nur rechtliche, sondern auch fachliche Orientierung. Dort heißt es: „Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen.“ Die für den Gesetzgeber und den Fachdiskurs relevante Perspektive ist diejenige der jungen Menschen / Jugendlichen.

Studien belegen inzwischen, dass in der Jugendarbeit informelle Lernprozesse, informelle Bildungsprozesse nachzuweisen sind und dass Jugendarbeit deshalb einen wichtigen Beitrag im Gesamtensemble einer Bildungslandschaft beanspruchen kann, ohne die Relevanz von Freizeit für Jugendliche in Frage zu stellen, bzw. einen scharfen Gegensatz zwischen Bildung und Freizeit zu konstruieren. Jugendarbeit liefert einen solchen zentralen Beitrag zur Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Diesen individuellen Förderungsgesichtspunkt nenne ich die jugendpädagogische Perspektive.

Und Jugendarbeit tut dies mit vielfältigen Instrumenten, Angeboten, Konzepten, z.B. mit Musik, Sport, Kultur, aber auch durch die Schaffung von Freiräumen, die Ermöglichung von Freizeit und vielfältigen Erlebnissen. Die Praktiker/-innen können über die

Wirksamkeit in ihren Beispielen viel besser berichten als ich es kann: Gruppenstunden, Ferienfreizeiten, Projekte der politischen und kulturellen Bildung, Medienprojekte, Räume zum Rumhängen, usw. Die Angebote wenden sich an die Mitglieder im eigenen Verband und an alle Kinder und Jugendliche.

Jugendarbeit als eigenständiger Teil des Jugendhilfesystems versteht sich zudem als die zentrale Instanz einer institutionellen Jugendförderung in einem pluralistischen und demokratischen Staat. Damit ist die Begründung für die Jugendarbeit nie nur auf das Individuum bezogen, sondern hat immer das Gemeinwohl, also die soziale Demokratie im Blick. In diesem Sinne ergibt sich auch die Verpflichtung des öffentlichen Trägers, zur Unterstützung der Jugendverbände und Jugendgruppen.

Jugendverbandsarbeit hat zu Recht eine Sonderstellung in der Kinder- und Jugendarbeit, die in § 12 SGB VIII zur Geltung kommt. Dort heißt es: „Die eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendverbände und Jugendgruppen ist zu fördern.“ Eigenverantwortlich bezieht sich auf die Unabhängigkeit und die Zusicherung, eine eigene Position vertreten zu können und zu sollen, auch gegenüber den Erwachsenenorganisationen. Ich interpretiere den Begriff „fördern“ im Gesetz als eindeutige Verpflichtung zur strukturellen und finanziellen Förderung der Jugendverbände und Jugendverbandsarbeit durch den Gesetzgeber.

Zusammenfassend: Jugendverbände sind plural und auf Partizipation und Selbstorganisation angelegt. Sie gehen von der Eigenständigkeit der Kinder- und Jugendphase aus. Noch einmal anders:

- Keiner hat die Wahrheit gepachtet, aber jede Organisation ist zu einem Mindestmaß an Fachlichkeit und Qualität verpflichtet, an das Grundgesetz sowieso. Aber die Aktivitäten sind nicht an kulturelle Vorgaben gebunden. In der pädagogischen und methodischen Praxis der verschiedenen Jugendverbände gibt es eine große Übereinstimmung auf der Ebene der Struktur und pädagogischer Fachlichkeit, bei der jeweils gewollten weltanschaulichen Differenz.
- Partizipation, Ehrenamtlichkeit und demokratischer Aufbau der Organisationen sowie eine kommunikative, transparente und soziale Gesprächs- und Freizeitkultur sind konstitutiv für Jugendgruppen. Gemeinschaft ist wichtig. Dies wurde nicht zuletzt in der aktuellen sogenannten aej-Studie erforscht (Fauser u.a. 2007).
- Ich verkenne dabei nicht die Probleme vor Ort, aber nach meiner Beobachtung (und empirischen Forschungsergebnissen) finden sich die proklamierten positiven Ansätze schon real in der Praxis der Jugendverbände und sie sind es wert, sie zu verteidigen und weiterzuentwickeln.
- Die Eigenständigkeit der Jugendphase hat auch eigenständige, von den Erwachsenen unabhängige Organisationen zur Folge. Deshalb sind Jugendverbände und Jugendringe keine Unterabteilungen der Wohlfahrtsverbände, oder weltanschaulichen Gruppen. Diese Tatsache ist als eine historische Errungenschaft zu

bezeichnen und erhält im Kontext der Diskussion um Migrantenjugendselbstorganisationen seine Bedeutung. Die Voraussetzung für die Teilhabe am System der Jugendverbände ist damit in gewisser Weise formaler Natur. Allerdings müssen die Anforderungen an Satzungen weiter entstaubt werden und die Jugendgruppen und MJSO brauchen Hilfe bei der Einpassung in das Regelwerk.

Jugendverbände und Jugendringe erheben den Anspruch die Breite der Kinder und Jugendlichen in der Bundesrepublik zu repräsentieren und sich in ihrem Namen als Stadt-, Kreis-, Landes- und Bundesjugendring jugendpolitisch für die Interessen der Kinder und Jugendlichen einzusetzen.

Nicht zuletzt aus diesem Anspruch heraus entsteht die „Selbst“ Verpflichtung, relevante Personengruppen, also auch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in das System der Jugendverbandsarbeit einzubeziehen, vorausgesetzt dass Jugendverbandssystem hat etwas zu bieten.

Politik kann spezifische Formen des sozialen Wandels der Jugendverbände - hier interkulturelle Öffnung - nicht einfach fordern oder systemwidrig von oben nach unten anordnen. Politik, Administration und Jugendarbeit müssen stattdessen diese Prozesse kommunikativ begleiten und mit personellen und finanziellen Ressourcen steuern. Nachdem in den letzten Jahren die Jugendverbände die Hausaufgaben im Sinne des Qualitätsdiskurses z.B. über den Wirksamkeitsdialog gemacht haben, ist es Zeit, hier zusätzliche Ressourcen einzubringen und hier setzt das Projekt Ö des Landesjugendrings NRW an. – Kommen wir nun zum zweiten Teilbereich unseres Themas.

Grundlagen Integration - Migration

Hierzu einige Grundannahmen der Integrationspolitik / Migrationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Zuerst sei an das Ringen um die richtige Begrifflichkeit erinnert.

Begriffe

Gerade für den Migrationsdiskurs gilt: Egal welchen Begriff wir benutzen, die Begriffe haben immer eine unerwünschte Nebenfolge. Nehmen wir den aktuellen Begriff des Migrationshintergrundes nicht zur Kenntnis und führen diese Kategorie nicht in der Statistik auf, haben wir keinen Beleg dafür, ob nun diese Teilgruppen der Gesellschaft benachteiligt werden oder nicht. Andererseits zementieren wir eine vermeintliche Gruppenzugehörigkeit: entweder mit oder ohne.

Die zurzeit gängigen Begriffe lauten „mit Migrationshintergrund“, „mit Einwanderungsgeschichte“, haben also auch problematische Seiten auf die hier hinzuweisen ist.

1. Die Begriffe suggerieren eine Gemeinsamkeit derjenigen, die wir damit bezeichnen, eine Gemeinsamkeit, die es so nicht gibt, denn die Migrationsgeschichten der

Einzelnen als Personen, aber auch der einzelnen kulturellen Gruppen sind so unterschiedlich, dass schwer von einer Gruppe gesprochen werden kann. Eigentlich können wir nur sagen: Verschiedenheit ist das einzig dominante Merkmal. Zusätzlich besteht eventuell ein gewisser Tatbestand der Benachteiligung, die aber nicht immer und überall auftritt und von Relevanz ist.

2. Ich zitiere Franz Hamburger: „Insofern der Migrationshintergrund von Bedeutung ist für die Jugendlichen, verdient er Beachtung und Berücksichtigung. Mehr aber auch nicht. Denn sonst wird das Etikett „mit Migrationshintergrund“ zum stigmatisierenden Stempel, mit dem Jugendliche gebrandmarkt werden, unentrinnbar einer auch gefährlichen Zuschreibung von „nicht dazugehörend“ ausgesetzt. (Hamburger 2005, 4) Jede/r Einzelne hat allein die Entscheidung zu treffen, ob dieses Merkmal von Bedeutung ist oder nicht, und diese Entscheidung darf nicht von außen und für alle Bereiche getroffen bzw. vorentschieden werden. Als Politikwissenschaftler weiß ich aber z.B., dass Ahmed aus Köln von Institutionen, Medien, Diskursen usw. auf seine z.B. türkische oder kurdische Herkunft (und nicht auf die Kölner) festgelegt wird und dann wenig Spielraum für die eigene „Identitäts-Konstruktion“ hat.

Aber „Begriffslos ist die Welt nicht zu ordnen“ so Franz Hamburger weiter, der in einem Aufsatz 2005 ausführte: „Solange aber Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund zu beobachten ist, so lange muss man sich mit der Diskriminierung auseinandersetzen.“ Ich füge im Sinne seiner Überlegungen hinzu, so lange brauchen wir die Begriffe, aber auch die Kritik an den Begriffen, die wir verwenden. Dies erscheint manchmal aus Sicht des Praktikers überflüssig, aber wir haben keine andere Möglichkeit als die andauernde Reflexion, wollen wir uns nicht in den Fallen der Routine verfangen.

Schließlich will ich noch die Begrifflichkeit der Migrantenselbstorganisationen (MSO) thematisieren. Diese verwenden wir, wenn wir über die Organisationsebene sprechen: Wenn wir von MSO sprechen, fehlt das Faktum der Eigenständigkeit der Jugend. Deshalb spricht die Jugendverbändeforschung von Migrantenjugendselforganisationen (MJSO). Peter Nick schlägt in seiner grundlegenden Expertise vor, von Vereinen junger Migranten / Migrantinnen zu sprechen. Diese Begrifflichkeit wurde auch von IDA übernommen. Manche plädieren dafür die Diskussion zu vereinfachen und nur von Migranten zu sprechen, dann fehlt aber der Problemhorizont, den wir gerade diskutiert haben: In der Diskussion wurde vorgeschlagen, von Institutionen oder Vereinen zu sprechen, in denen sich junge Menschen mit Migrationsgeschichte organisieren.

Fakten

Bei den folgenden Fakten und der Entfaltung meiner Argumentationslinie beziehe ich mich auf das Bundesjugendkuratorium, ein unabhängiges Beratungsgremium des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das sich zu Querschnittsfragen der Kinder- und Jugendpolitik äußert. Ich folge der Position, wie sie das Bundesjugendkuratorium im April 2008 in seiner Stellungnahme formuliert hat. Die

Überschrift lautet: „Pluralität ist Normalität für Kinder- und Jugendliche“. Die Unterüberschrift lautet: „Vernachlässigte Aspekte und problematische Verkürzungen im Integrationsdiskurs“ (www.bundesjugendkuratorium.de).

Die Fakten: Im Mikrozensus 2005 wurde zum ersten Mal nicht nur nach der Staatsangehörigkeit, sondern auch nach dem Migrationshintergrund der in Deutschland lebenden Menschen gefragt. Danach lebten in Deutschland 7,4 Mio. Ausländer, das sind 9% der Bevölkerung, dazu kommen zusätzlich 8,2 Mio. Deutsche mit Migrationshintergrund - dies sind (10%) also zusammen 19 %, der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen.

Bezogen auf Jugendliche unter 18 Jahren sagt die Statistik: Mehr als ein Viertel der Jugendlichen in Deutschland, nämlich (4,1 Mio.) der Kinder und Schüler/-innen haben Migrationshintergrund. Von diesen weisen aber nur 1/5 eigene Migrationserfahrungen auf, während 4/5 in Deutschland geboren wurden. Kinder und Jugendliche, die einen Flüchtlingsstatus haben, werden oft im Diskurs verleugnet und vergessen, hier soll auch auf diese Gruppe hingewiesen werden, ohne dass ich näher darauf eingehen kann. (...) Bei der Altersgruppe der unter 6jährigen machen die Kinder mit familiärer Migrationsgeschichte die knappe Mehrheit in Städten wie Bremen oder Duisburg aus, in Städten wie Düsseldorf, Köln und Stuttgart (je 62%) sowie Frankfurt am Main (65%) und Nürnberg (68%) stellen sie schon mehr als 60% der Kinder bis 6 Jahren (vgl. BJK Stellungnahme 2008).

Pluralität ist Normalität

Pluralität ist Normalität, so habe ich die Zusammenführung der beiden Bereiche überschrieben. Alle Zuhörer und Leser, die in großen westdeutschen Städten wohnen und leben, kennen diese Realität und halten die Sonderstellung des Migrationsdiskurses für absurd. Pluralität ist Normalität und es ist ja nur deshalb überhaupt erwähnenswert, weil es Belege und starke Hinweise dafür gibt, dass diese Realität der Pluralität in bestimmten institutionellen, politischen und medialen Kontexten nicht zur Kenntnis genommen wird, bzw. bestimmte Institutionen, Regeln oder die Praxis, Jugendliche mit Migrationshintergrund benachteiligen. Wir sprechen auch von Rassismus und von offener oder verdeckter Benachteiligung, fehlender Teilhabe an gesellschaftlichen Gütern, fehlenden Aufstiegschancen etc.

Unter der Überschrift: „Repräsentanz und Gleichheit“ steht in der Stellungnahme: „Junge Menschen müssen in allen Feldern gesellschaftlicher Teilhabe repräsentiert sein. Im Zugang zu Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe müssen Schwellen der Inanspruchnahme abgebaut werden.“ (BJK 2005, 18) Genau darum geht es bei unserem Thema. Es folgt der Satz, der so nicht in der Stellungnahme stehen würde, hätte es nicht seit 2003 eine entsprechende Lehr- und Lernpraxis, den Aufbau von Netzwerken sowie Veröffentlichung gegeben: „Die Öffnung der verbandlichen Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit für Kinder- und Jugendliche mit Migrationsgeschichte muss wei-

tergeführt werden.“ (BJK 2005, 18) In diesem Kontext steht das Projekt Ö, steht diese Tagung und sehe ich auch meinen Beitrag.

Unabhängig von einzelnen Zahlen ist deutlich geworden, dass sich etwas zentral in den Köpfen und Institutionen ändern muss und vielleicht auch schon geändert hat. Salopp formuliert: Das Thema Migration und Integration gehört in die Mitte der Gesellschaft.

Das Bundesjugendkuratorium schreibt: „Vor diesem Hintergrund kann - bezogen auf die Großstädte (hier westdeutsche Großstädte, Anmerkung A.T.) - kaum mehr von einer Integration der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in die deutschstämmige Mehrheit gesprochen werden. Hier erhält der Begriff der „Integration“ eine ganz andere Dimension und muss entsprechend neu mit Inhalt und entsprechenden Konzepten gefüllt werden.“ (BJK 2005, 5). Hier kann der Diskurs über interkulturelle Jugendverbandsarbeit auch einen positiven Beitrag zur Migrationsdebatte leisten.

Aus pädagogischer Perspektive heißt das in den Worten der fachlichen Berater der Bundesregierung: „Der Kern der pädagogischen Aufgaben unter Bedingungen der Migration besteht darin, dass das, was die Migranten mitbringen, nicht missachtet, sondern respektiert wird, damit sie tatsächlich Teil der Gesellschaft im Einwanderungsland werden können.“ (BJK 2005, 16). Eine andere Nuance der Thematik hatten wir schon weiter oben im Abschnitt über die Begriffsverwendung diskutiert: „Kinder und Jugendliche sollen nicht über die Herkunft ihrer Eltern als Italienerin oder Italiener, als Türkin oder Türke etc. ethnisiert werden, sondern in ihrem Selbstverständnis mit einer oder ohne eine Migrationsgeschichte als Teil der deutschen Gesellschaft wahrgenommen werden“ (BJK 2005, 6). Entscheidend ist die Haltung, die zur Geltung kommt. Sie ist die Grundlage meines Verständnisses von interkultureller Öffnung der Jugendverbände und aus der ich folgere, dass MJSO in die Mitte der Gesellschaft gehören.

Die Autorinnen und Autoren plädieren dafür „Soziale Ungleichheit ebenso wie kulturelle Differenz in den Blick zu nehmen“ und warnen vor einer Spaltung der Gesellschaft. Es geht darum, die „sozialen und sozioökonomischen Differenzen zwischen Gruppen von Jugendlichen mit und ohne Migrationsgeschichte“ zu beachten (BJK 2005, 6 f.).

Wo und wie aber organisieren sich Jugendliche mit Migrationshintergrund: Einerseits organisieren sie sich überall d.h. in allen Gruppen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion. „Überall“ meint aber auch, dass sie das Recht haben nach ihrer eigenen Logik und Herkunft Gruppen und Vereine bilden zu können und wir dies als Gesellschaft nicht nur zu dulden, sondern auch zu ermöglichen haben. Auch hierzu die Autor/-innen des Bundesjugendkuratoriums: „Kulturelle und damit auch religiöse Bedürfnisse von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte sind - solange diese sich mit dem Grundgesetz vereinbaren lassen - als Teil ihrer kulturellen Selbstbestimmung ernst zunehmen und als Beitrag zur kulturellen Vielfalt in Deutschland zu respektieren.“ (BJK 2005, 18) Ebenfalls ernst zunehmen ist ihr Bedürfnis, sich darüber mit Gleichaltrigen auszutauschen, dies verweist auf die Eigenständigkeit der Jugendphase und

die Autor(inn)en werden etwas vorsichtiger in der Formulierung:

„Forschungsergebnisse zeigen, dass die Jugendlichen sowohl gegenüber der Eltern- generation wie auch gegenüber jungen Menschen ohne Migrationsgeschichte eigen- ständige kulturelle und religiöse Ausdrucksformen entwickeln.“ (BJK 2005, 18)

Hier wissen wir noch viel zu wenig über diese Prozesse und auch da erhoffe ich mir erste Hypothesen auf der jugendpädagogisch-kulturellen Ebene durch die Evaluation in Projekt Ö.

Zusammenfassung

Ich fasse Migration und Jugendverbandsarbeit zusammen: Jugendverbandsarbeit ist Teil der Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit ist auch eine Errungenschaft des Kin- der- und Jugendhilfesystems. Jugendliche mit Migrationshintergrund und Migran- tenjugendselbstorganisationen sind bisher unzureichend bis überhaupt nicht an dem jugendpolitischen System, der Ressourcen beteiligt. Dies soll sich ändern. Jetzt stellt sich die Frage, warum sollen sie denn daran beteiligt werden, warum sollen sie sich beteiligen? Was ist denn der Mehrwert für sie?

Eine Position dazu lautet: Jugendliche mit Migrationshintergrund sind doch bestens im Migrationsbereich aufgehoben: hier gibt es Jugendmigrationsdienste, Migranten- selbstorganisationen, Ausländervereine, aber auch die Träger und Institutionen der Sozialen Arbeit für Migrant/-innen, namentlich die AWO, Diakonie, Caritas, RAA usw. kümmern sich doch um sie. Warum sollen sie sich bemühen, Teil der Jugendverbands- strukturen zu werden?

Eine einfache, provozierende Antwort darauf ist: Viele der genannten Organisationen aus dem Migrationsbereich haben eine helfende Funktion. Wenn aber „endlich“ akzep- tiert würde, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist, dann würden Men- schen mit Migrationshintergrund nicht als per se benachteiligt konstruiert und ihnen würden nicht grundsätzlich Defizite zugeschrieben, die ein Sonderhilfssystem – hier das Ausländer- / Migrations- / Integrationssystem - notwendig machen. Stattdessen würden je nach Sachlage / Bereich / Bedarf sowohl ihre Ressourcen als auch ihre Be- nachteiligungen und Tatbestände der Diskriminierung gesehen werden. Dann wür- den die – allerdings nicht als homogen zu konstruierende Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund - wie andere Gruppen auch ihre Interessen sowohl im po- litischen / jugend-, sozial- und bildungspolitischen System als auch im vopolitischen, zivilgesellschaftlichen Bereich vertreten. Dazu brauchen die MJSO zumindest in der Übergangsphase aber breite professionelle, organisatorische und finanzielle Unter- stützung im Rahmen der Arbeit der Stadt- und Kreisjugendringe und der Jugendhilfe- planung der jeweiligen Jugendämter der Kommunen.

Migrantenselbstorganisationen gehören in den Bereich des bürgerschaftlichen En- gagements, neben vielen anderen Gruppen, z.B. Selbsthilfegruppen und Vereinen. In der deutschen Tradition und im Selbstverständnis der Bundesrepublik, gibt es aber

für den Kinder- und Jugendbereich eine eigene Struktur: die Jugendverbände und Jugendringe sind der jugendbezogene Arm dieses bürgerschaftlichen Engagements. Kinder- und Jugendpolitik besteht gerade darin, eine Förderungsstruktur für Jugendliche und ihre Organisationen schon als plurale Struktur z.B. auf der Orts- oder Stadtebene vorzuhalten.

In der nun zehnjährigen Bildungsdebatte konnte nachgewiesen werden, dass auch die Kinder- und Jugendarbeit einen ganz speziellen Bildungsbeitrag leistet, der mit sozialem Lernen, Anerkennung, Subjektorientierung, Eigenständigkeit zu beschreiben ist. Stichworte sind informelles und lebenslanges Lernen. Der Beleg für die Wirksamkeit der Arbeit der Kinder- und Jugendarbeit ist in qualitativen und quantitativen Studien erbracht worden. Dies ist wissenschaftlich inzwischen unumstritten. Daran und an der Eigenständigkeit der Freizeit sollten Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte und die entsprechenden Organisationen vermehrt profitieren.

Aber Achtung: Dieses Feld der Jugendpolitik kann genauso wie jedes andere Feld auch, nicht ohne finanzielle, personelle und strukturelle Ressourcen gesteuert werden. Wenn ich jetzt also in meiner Argumentation dazu komme, dass aus jugendpolitischer und integrationspolitischer Sicht, Jugendliche mit Migrationshintergrund und die verschiedensten jugendgemäßen Organisationen in die Jugendringe und Jugendverbandsstruktur gehören, dann geht dies nicht ohne den Verweis und die Forderung nach zusätzlichen Ressourcen auf kommunaler, länderbezogener Ebene und der Bundesebene. Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendringarbeit funktioniert nur, wenn es eine angemessene Anzahl von Hauptamtlichen und Professionellen gibt. Diese brauchen um agieren zu können, entsprechende Räume und Sachmittel und das Mandat sich auch - wie das KJHG es vorschreibt - jugendpolitisch und querschnittspolitisch einmischen zu können. Jugendverbandsarbeit allein auf Ehrenamtlichkeit zu bauen funktioniert nicht mehr. Der Schlüssel ist die Balance zwischen Professionellen und Ehrenamtlichen sowie Honorarmitarbeiter/-innen.

Dazu bedarf es ausreichender Ressourcen und systematischer, sensibler und langfristiger Beratung. Das ist ja gerade die Erfahrung aus dem Projekt Ö, wo sich die Beteiligten mit Erfolg auf den Weg gemacht haben. An die Adresse der Jugendverbände und Jugendringe gerichtet, heißt das aber auch: Sie müssen Anstrengungen unternehmen, diesen Öffnungsprozess voranzutreiben und die gute Praxis nicht nur als punktuelles Ereignis, sondern als systematische Erfahrung in die Diskussion einzubringen.

Da gute Praxis oft in der Kommune passiert, man dort aber von der Sache her, aber auch strukturell und machtpolitisch bedingt, gar nicht daran denkt, die Infos weiter zu geben, fehlen uns die Informationen darüber, was alles gut läuft. Es muss eine noch stärkere Vernetzung und Kommunikation zwischen den einzelnen Kommunen, Verbänden und Stadtjugendringen geben, alte Zöpfe sollten abgeschnitten werden und die Landesebene hat ihre koordinierende Funktion behutsam auszubauen und Einzelverbände könnten sich noch intensiver beteiligen.

Dem Projekt Ö wünsche ich weiter viel Erfolg! Wir werden es weiter kritisch begleiten!
Evaluation und wissenschaftliche Begleitung des Projektes „Projekt Ö - Integration
durch Partizipation“ des Landesjugendrings Nordrhein-Westfalen
Mitarbeiterin: Dipl. Päd. Katrin Riß

Literatur:

Bundesjugendkuratorium (BJK) (2008): Pluralität ist Normalität für Kinder und Jugendliche. Vernachlässigte Aspekte und problematische Verkürzungen im Integrationsdiskurs. Stellungnahme April 2008. www.bundesjugendkuratorium.de

Hamburger, Franz/ Badawia, Tarek/ Hummrich, Merle (2005): Migration und Bildung: Über das Verhältnis von Anerkennung und Zumutung in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden.

Fausser, Katrin/ Fischer, Arthur/ Münchmeier, Richard (2007): Jugendliche als Akteure im Verband: Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der Evangelischen Jugend. Jugend im Verband 1. Opladen.

Lindner, Werner (Hg.) (2008): Kinder und Jugendarbeit wirkt. Aktuelle und ausgewählte Evaluationsergebnisse der Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden.

Nick, Peter (2005): Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit und/oder familiärem Migrationshintergrund in der Jugendverbandsarbeit in Deutschland. Expertise für das Deutsche Jugendinstitut e. V. (DJJ). München.

Oberndörfer, Dieter (1996): Die politische Gemeinschaft und ihre Kultur. Zum Gegensatz zwischen kulturellem Pluralismus und Kulturalismus. In: apuz 52/53, 37-46

Zivilgesellschaftliche Bedeutung von Migrantenorganisationen – Eine Bestandsaufnahme unter Berücksichtigung neuerer Entwicklungen

Dr. Anwar Hadeed, Universität Oldenburg

Selbstorganisationen im Einwanderungsland - Partizipationspotenziale von Migranten-Selbstorganisationen in Niedersachsen

Nach wie vor operieren Vereine und Verbände der Migrant(inn)en weitgehend außerhalb des Blickfeldes der deutschen Öffentlichkeit. Die Leistungen dieser Selbstorganisationen werden kaum wahrgenommen oder eher mit Skepsis betrachtet. Kaum jemand setzt sich sachlich mit der Rolle und Funktion der Vereine und Verbände der Migrant(inn)en auseinander – nicht zuletzt, weil bislang wenige Informationen über ihre Aktivitäten und Ziele vorliegen. Deshalb lohnt es der folgenden Frage nachzugehen: Unter welchen Bedingungen lassen sich die Eigenpotenziale der Migrantenselbstorganisationen aktivieren, wie können sie gestützt und weiterentwickelt werden? Im Mittelpunkt dieser Betrachtung stehen deshalb ihre Rolle und Möglichkeiten, die für die Partizipationschancen der Migrantenbevölkerung an der Mehrheitsgesellschaft von hoher Bedeutung sind.

Weiterhin soll der Blick auf das Selbsthilfe- und Partizipationspotenzial der Migrantenselbstorganisationen helfen, einerseits das eher wohlfahrtsstaatlich, fürsorgende Politikverständnis zu vermeiden, das dazu tendiert, bevormundend einzugreifen, und andererseits die Grenze der Möglichkeiten aufzuzeigen, in denen Selbstorganisationen angesichts der vorherrschenden Rahmenbedingungen aktiv werden können. Unter Selbstorganisation wird dabei der freiwillige Zusammenschluss von Personen, die bestimmte gemeinsame Ziele verfolgen möchten, zu Gruppen verstanden.

Stand der wissenschaftlichen Diskussion

Die Relevanz des Themas in der wissenschaftlichen Diskussion ergibt sich zu einem großen Teil aus der damit zusammenhängenden zentralen Fragestellung nach dem Integrationspotenzial dieser Organisationen: Wird ihnen bei der Integration der Migrant(inn)en in die Aufnahmegesellschaft eine integrative oder eine segregative Funktion zugeschrieben?

Dies macht deutlich, dass die integrative Wirkung von Migrantenselbstorganisationen immer wieder in Frage gestellt wird. Während die Effekte von Migrantenselbstorganisationen für die Binnenintegration auf der Hand liegen, ist ihre Wirkung im Hinblick auf die Integration in die Aufnahmegesellschaft umstritten (Sackmann 1997, 48).

Die Einbindung in eine ethnische Gemeinschaft kann ebenso wie die Einbindung in Organisationen der Aufnahmegesellschaft eine Form der Integration darstellen. Der

Stadtsoziologe Walter Siebel vertritt die Meinung, Selbstorganisationen seien „ein zweifacher Schritt in Richtung auf Integration: Durchsetzung von eigenen Interessen, daher Veränderung der Umwelt, und Aneignung der Spielregeln der einheimischen Gesellschaft, also Anpassung“ (Siebel, zitiert nach MASSKS 1999, IX).

Andere Autor(inn)en sehen die Integration in die ethnische Gemeinschaft als Erleichterung für die Integration in der Aufnahmegesellschaft, oft wird sie sogar als eine entscheidende Voraussetzung dafür gesehen. Schon Anfang der 1980er Jahre sorgte der deutschsprachige Aufsatz von Elwerts für eine kontroverse Auseinandersetzung. In seiner provokativen These sprach er von der Binnenintegration als Integrationskatalysator, und damit eröffnete er zum ersten mal einen ressourcenorientierten Blick auf die Einwanderersubkulturen (Gaitanides 1999, 1).

Von einigen Autor(inn)en wird im Gegensatz dazu die Auffassung vertreten, dass ethnische Organisationen und Koloniebildung immer Abgrenzung gegenüber der Aufnahmegesellschaft zur Folge haben und einen Assimilationsprozess zumindest verzögern, wenn nicht verhindern.

Auch wird vielfach eingewendet, dass durch die Unterstützung ethnischer Netzwerke rückständige und repressive Kulturen den Anforderungen der Moderne widersprechen und künstlich am Leben erhalten würden. Sie blockierten den Integrationsprozess und gefährdeten dadurch auch das friedliche Zusammenleben und die Entwicklungschancen der Kinder.

Die Vertreter(innen) dieser Position gehen von der identifikativen Assimilation als Endstadium des Eingliederungsprozesses aus. Dies impliziert aus ihrer Sicht die Übernahme der Identität der Aufnahmegesellschaft und garantiert Loyalität (Stienen & Wolf 1991, 190).

Ich bezweifle, dass sich, auch nach langem Aufenthalt, die ethnische Identität in Richtung einer Identität mit der Aufnahmegesellschaft verändern könne. Vielmehr muss man davon ausgehen, dass sich anstelle einer identifikativen Angleichung an die Aufnahmegesellschaft eher eine neue Identität herausbildet, die man etwa als Identität von Mitgliedern einer ethnischen Gruppe im Exil umschreiben könnte.

Die Tatsache, dass im wissenschaftlichen Diskurs eine vollständige Assimilation der Migrant(inn)engruppen in der Aufnahmegesellschaft zunehmend als unwahrscheinlich betrachtet wird, führte bei einigen Wissenschaftler(inne)n dazu, die Herausbildung ethnischer Gruppen im Eingliederungsprozess von Migrant(inn)en als funktionales, unter Umständen unentbehrliches Element für gesellschaftliche Stabilität zu betrachten. Es wird betont, dass ethnische Organisationen, besonders unmittelbar nach der Migration, wichtige Hilfen zur Orientierung und zur Identitätsstützung sind. In der Folge allerdings können sie - nach Meinung der Autor(inn)en - zum Integrations- bzw. Assimilationshindernis werden (Sackmann 1997, 48).

Im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion über die Integration der Migrant*innenbevölkerung in Deutschland hat die Debatte über die Funktion der ethnischen Kolonie und der ethnischen Netzwerke und Vereine geradezu Hochkonjunktur. Wie Stefan Gaitanides zu Recht bemerkt, haben Wissenschaftler*innen wohl unter dem Schock der schlimmen ethnischen Konflikte auf dem Balkan zur Diskreditierung von ethnischen Netzwerken und Organisationen der Migrant*innen beigetragen (Gaitanides 1999, 3). Die vorhandenen empirischen Untersuchungen konnten aber keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Partizipation in Vereinen und der Integration in die Aufnahmegesellschaft feststellen. „So viel Anhaltspunkte es dafür gibt, dass die ethnischen Eigenorganisationen als Schleuse in die Aufnahmegesellschaft funktionieren, so wenig Anhaltspunkte gibt es dafür, dass sie zur Falle werden und auf den Weg einer segregierten Ghettoexistenz führen helfen. Ein Zusammenhang zwischen Resonanz des ethnischen Vereinslebens und ethnischer Segregation ist nicht erkennbar, im Gegenteil: Vereinsnähe geht zusammen mit besserer Sozialvernetzung, höherer Problemlösungsfähigkeit, besserem Zugang zum öffentlich-politischen Leben der Aufnahmegesellschaft“ (Fijalkowski & Gillmeister 1997, 294).

Wie wichtig sind Migrant*innen-Selbstorganisationen?

Ein wesentlicher Bestandteil einer Demokratie ist ihre Fähigkeit, Möglichkeiten demokratischer Partizipation zu erweitern – und dabei insbesondere gesellschaftliche Interessen nicht nur individuell, sondern auch kollektiv zu organisieren und zu vertreten. Insbesondere für Angehörige sozial schwächerer Bevölkerungsgruppen bietet die kollektive Demokratie verbesserte Möglichkeiten der Mitwirkung (Schulte 1997, 307).

Die Bündelung von Interessen und ihre kollektive Ausdrucksform gewinnen im Fall der Migrant*innen an Bedeutung: Jahrelange politische Abstinenz kann erst durch einen Selbstfindungsprozess in den eigenen Gruppierungen beendet werden. Erst dann kann das nötige Selbstwertpotential geschaffen werden, um auf gleicher Augenhöhe eine emanzipatorische Position einzunehmen. Dabei zeigt die Erfahrung, dass die Betroffenen ihre Bedürfnisse selbst zutreffender artikulieren als andere und dass sie als eigenständige Partner in Diskussions- und Aushandlungsprozessen akzeptiert werden, wenn sie sich organisieren und ihre Standpunkte gemeinsam wahrnehmbar machen (MASSKS 1999, 1). Die für eine erfolgreiche Integration so unentbehrliche Mobilisierung der Selbsthilfepotentiale der Migrant*innen lässt sich am besten über die Migrant*innen-Selbstorganisationen realisieren. Ihre Stärke liegt in der Nähe und im Zugang zu der marginalisierten Migrant*innenbevölkerung; dazu gehört neben der Sprachkompetenz ein Vertrauen, das die Organisationen bei ihrer jeweiligen Community durch langjährige Arbeit erworben haben.

Auch die Selbsthilfe-Idee stimmt mit der Grundordnung moderner demokratischer Gesellschaften überein. Sie geht von der Annahme aus, dass politische Selbstbestimmung am besten dazu geeignet ist, Ergebnisse im Interesse der Bürger*innen zu erzielen. Freie Vereinsbildung ist dieser Grundidee entsprechend der beste Weg zu einer

optimalen Selbstentfaltung der Bürger(innen). Selbstorganisationen sind die einzigen Träger des öffentlichen Interesses, die dazu prädestiniert sind herauszufinden, was Migrant(inn)en bewegt, ihre konkreten Probleme zu formulieren und in die politische Debatte einzubringen. Diese Form der Integrationsförderung kann durch professionelle Dienste nicht ersetzt werden (Assimenios 1999, 26).

Abgesehen von der Funktion der Interessenvertretung und der Hilfe zur Selbsthilfe tragen die Selbstorganisationen zur Erhaltung und Entwicklung der Herkunftskultur bei. Auch dieses starke Bedürfnis bei großen Teilen der Migrantenbevölkerung kann von keinem anderen Träger befriedigt werden. Der Stellenwert der Migrantenselbstorganisationen für eine nachhaltige Entwicklung und den Erfolg integrationspolitischer Konzepte liegt darin, dass der größte Teil ihres Engagements – bewusst oder unbewusst – auf die Steigerung der Handlungsfähigkeit ihrer Mitglieder abzielt. Dadurch wird deren strukturelle und soziale Integration gefördert. Dies gilt auch für solche Migrantenselbstorganisationen, die die Integration nicht großschreiben. Trotzdem spielt sie in deren Aktivitäten eine Rolle.

Partizipation ist ein wesentliches Element erfolgreicher und nachhaltiger Integration. Es muss das Ziel sein, allen Beteiligten zu ermöglichen, an einem transparenten und sachgerechten Dialog- und Entscheidungsprozess teilzunehmen. Im Vordergrund muß stehen, gesellschaftliche Gruppen, deren Beteiligungsmöglichkeiten unter anderem aufgrund mangelnden Einflusses und wirtschaftlicher Möglichkeiten unzureichend sind, bei der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse mitwirken zu lassen.

Inwieweit die dargestellte Relevanz und Rolle der Migrantenselbstorganisationen von der Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen und akzeptiert wird, bzw. ob Migrant(inn)en die Möglichkeit haben, ihre Interessen als Gruppe zu vertreten, ist sowohl eine Frage institutioneller Regelungen als auch der politischen Kultur. Generell sind die Möglichkeiten zur Gruppenvertretung in einem Land größer, das die Migrant(inn)en weniger als Individuen denn als Gruppe begreift (Sackmann 1997, 54). In einigen Ländern werden Migrantenselbstorganisationen als unverzichtbarer Bestandteil des sozialen Versorgungssystems betrachtet. Dort tragen sie Verantwortung für Integrationsprozesse und werden in politischen Entscheidungsprozessen als Vertreter(innen) ihrer Gruppen miteinbezogen. Dies gilt z.B. für die Niederlande und Großbritannien, dort werden die sozialen und kulturellen Aktivitäten der Migrantenselbstorganisationen entsprechend gefördert. Dagegen verfolgt Frankreich eine Strategie der individuellen Integration über Assimilation in die Gesellschaft. Es ist das erklärte Ziel der französischen offiziellen Politik, das Entstehen von strukturierten, eigenständige Minderheiten zu vermeiden.

In Deutschland sind die Möglichkeiten der Interessenvertretung begrenzt. Die kommunalen Ausländerbeiräte haben als lediglich beratende Gremien nur eine beschränkte Wirksamkeit. Die bestehenden Formen der Migrantenselbstorganisationen in Deutschland blieben auch aufgrund interner Differenzen und fehlender Geschlossenheit bei der Durchsetzung ihrer Interessen bisher weitgehend chancenlos. Sie waren auch nicht in der Lage, Diskussionsthemen vorzugeben.

Es bleibt abzuwarten, welche Rolle den Migrantenselbstorganisationen in den zurzeit diskutierten Zuwanderungs- und Integrationskonzepten zugeschrieben werden wird.

Genese und Entwicklung der Migranten-Selbstorganisationen

Die Herauslösung von Migrant(inn)en aus traditionellen Milieus macht eine Einbindung in neue Zusammenhänge zwingend. Die Überforderung durch die gegebenen Lebensverhältnisse und die Defizite in der sozialstaatlichen Versorgung führen zu eigenen Organisationsbestrebungen. Anlässe sind häufig politische Entwicklungen im Herkunfts- oder im Aufnahmeland; besonders die ablehnende Haltung der Einwanderungsgesellschaft begünstigt ein kollektives Wir-Bewusstsein, das wiederum langfristig die Entstehung von Organisationen fördert. Die Notwendigkeit der kollektiven Interessenvertretung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft wurde und wird bewusster erlebt.

Auch spezifische Formen der Migration, insbesondere die Kettenwanderung, haben entscheidenden Einfluss auf die Bildung von Organisationen, die die ethnische Identität stabilisieren (Sackmann 1997, 47). Kettenmigration führt zu einem zu relativ engen Kontakten in der Gruppe, zum anderen oft zur Koloniebildung unter den Migrant(inn)en. Nicht zuletzt förderte der Wunsch nach Erhaltung und Aktivierung von kulturellen Elementen aus den Herkunftsländern und nach Zusammenhalt in der Fremde die Selbstorganisation von Migrant(inn)en.

Bereits kurz nach ihrer Ankunft in den späten 1950er und 1960er Jahren haben sich die ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik selbst organisiert – zunächst in Kulturvereinen, die auf die Pflege und Bewahrung der heimischen Kultur zielten. Darüber hinaus bestimmten Hilfestellungen und soziale Dienstleistungen für die eigenen Landsleute die Arbeit dieser Vereine. In den 1970er Jahren verfügten bereits alle größeren Ausländergruppen über eigene Selbstorganisationen. Die typische Bezeichnung der Migrantenselbstorganisationen in den ersten Jahren ihrer Existenz war Gastarbeiter Vereine. Einige von ihnen bestehen auch heute noch. In dieser Zeit entstanden auch erstmalig größere Dachverbände. Ihre politischen Orientierungen waren jedoch stark an den Herkunftsländern ausgerichtet (Jahn & Sen 1984).

In den 1980er Jahren setzte ein Wandel ein. Er ist nur vor dem Hintergrund des Prozesses der Niederlassung der Migrantenbevölkerung im Zuwanderungsland und der Konstituierung als Gemeinschaften zu verstehen. Jetzt verstanden sich die Selbstorganisationen nicht mehr nur als Einrichtungen der kulturellen Traditionspflege und der sozialen Beratung und Betreuung von Landsleuten, sondern explizit auch als Interessenvertretung einer Migrantengruppe auf regionaler und überregionaler Ebene. Ihr Ziel war es, durch politischen Einfluss die rechtliche, politische, soziale und wirtschaftliche Situation der Migrant(inn)en zu verbessern (Bischoff & Teubner 1991, 196).

In den 1990er Jahren hat bei vielen Migrantenselbstorganisationen die Orientierung auf die Herkunftsländer noch weiter nachgelassen. Sie konzentrieren sich seither auf

Bürgerrechtsfragen und damit auf die Integration im Aufnahmeland. Bei anderen Vereinen war der Wunsch nach gesellschaftspolitischer Partizipation von Beginn an der wichtigste Antriebsfaktor (MASSKS 1999, 69). Das Schwinden der Rückkehrabsichten vieler Migrant(inn)en hat ihre Identifikation mit dem Herkunftsland und das Interesse an dem politischen Geschehen dort vermindert. Die Niederlassungsabsicht führte zu einer Auseinandersetzung mit der eigenen Lage im Aufnahmeland. Die Verbesserung der Lebenssituation in Deutschland rückte in den Vordergrund der Interessen vieler Migrant(inn)en.

Diese Entwicklung führte bei solchen Vereinen, die in ihrem Selbstverständnis und ihren Zielen auf die politische Entwicklung im Herkunftsland fixiert waren, zu einer Krise. Es wurden die alten Organisationsmodelle und -strukturen in Frage gestellt und dabei die Suche nach geeigneten Partizipationsformen verstärkt, die dem Wandel bei der Migrantinnenbevölkerung gerecht werden konnten. Bei vielen Vereinen führte diese Krise zu einer emanzipatorischen Entwicklung, indem sie sich von Abhängigkeiten von politischen Strukturen des Herkunftslandes befreiten. Die Abkehr von der Herkunftsorientierung hat sich sowohl auf die gemeinsame ethnische Herkunft als Basis der ethnischen Mobilisierung als auch auf die politischen Ziele der Mobilisierung bezogen. Dass dieser Prozess noch nicht als abgeschlossen gelten kann, zeigt die Tatsache des weiteren Festhaltens eines Teils der Aktiven in den Migrantenselbstorganisationen an den alten Strukturformen und Zielen.

Bei der Gründung von Vereinen lässt sich heute eine neue Tendenz bei der jüngeren und qualifizierteren Migrantengeneration beobachten: Sie organisieren sich immer mehr in eigenen, ethnisch orientierten berufs- oder funktionsgruppenspezifischen Vereinen und Verbänden (Gaitanides 2000, 102). Diese Entwicklung lässt sich vor allem bei türkischen Communities beobachten.

Zusammengefasst: Migrantenselbstorganisationen sind zum einen eine institutionelle Antwort auf die Bedürfnisse der Migrant(inn)en im Migrationskontext. Zum anderen sind sie aber auch eine Übertragung sozialer und politischer Beziehungen aus dem Herkunftsland, wenn auch keine bloße Fortsetzung alter Formen, da auf die Bedingungen der Migrationssituation reagiert wird. Der Gründungs- und Entwicklungsprozess von Migrantenselbstorganisationen ist dynamisch und längst nicht abgeschlossen.

Typen und Formen der Migrantenselbstorganisationen

Die Migrantenselbstorganisationen in Niedersachsen sind, wie auch auf Bundesebene, sehr vielgestaltig. Unterschiede gibt es in der Zielorientierung, den Tätigkeitsfeldern und Leistungen, die sich sowohl auf die politische als auch auf die soziale Ebene beziehen. Insofern haben sie unterschiedliche Einflüsse auf Politik, Gesellschaft und Kultur. Bedingt durch die Vielfältigkeit und Komplexität der Strukturen einerseits und der gebotenen Differenzierung andererseits lassen sich mehrere Unterscheidungsmerkmale feststellen. Dabei kann grob zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen und den religiösen Organisationen unterschieden werden.

Mit religiösen Organisationen werden oftmals ausschließlich die islamischen Moscheevereine verbunden. Weniger bekannt sind in der deutschen Öffentlichkeit die italienisch-, spanisch- und portugiesisch-katholischen Missionen. Hierbei handelt es sich aber nicht um Selbstorganisationen, da die Arbeit hauptsächlich von Priestern in Abhängigkeit von Heimatkirchen durchgeführt wird. Anders ist es bei islamischen Moscheevereinen: „Sie werden weitgehend durch örtliche Gruppen getragen, wenngleich ihre Geistlichen von überregionalen Dachorganisationen vermittelt werden und auch die Vorstände Kontakt zu diesen halten“ (ebd., 116).

Jüdische Gemeinden können auch als Selbstorganisationen im Bereich der Migrationsarbeit verstanden werden, da sie mit ihren Angeboten jüdische Einwanderer, vor allem aus den ehemaligen GUS-Ländern, ansprechen (ebd.). In vielen jüdischen Gemeinden Niedersachsens stellen die Kontingent-Flüchtlinge inzwischen die Mehrheit der Mitglieder.

Gegenstand dieses Beitrags sind allerdings die zivilgesellschaftlichen Organisationen der Migrant(inn)en in Niedersachsen. Religiöse Vereine sind hier nicht berücksichtigt, jedoch ist ihre Funktion und Bedeutung für ihre Klientel und für das Zusammenleben der ethnischen Gemeinschaften nicht zu unterschätzen. Ein Unterscheidungskriterium innerhalb der zivilgesellschaftlichen Organisationen ist die Herkunft der Mitglieder. Dabei wird zwischen dem Typus der herkunftshomogenen und der herkunftsheterogenen Organisationen unterschieden.

- **Herkunftshomogene Organisationen**

Herkunftshomogen sind unzählige Vereine, deren Mitglieder aus einem Land, aus einer Region, Stadt oder einer bestimmten religiösen oder ethnischen Gruppe kommen und ihre Identität aus ihrer Herkunft beziehen. „Es ist wichtig, diese unterschiedlichen Möglichkeiten von Homogenität zu betonen, da oft nur in nationalen oder ethnischen Kategorien gedacht wird, dies aber die Realität nur unzureichend wiedergeben“ (MASSKS 1999, 2). Die Mitglieder ethnischer Vereine schließen sich in erster Linie aufgrund ihrer gemeinsamen ethnischen Herkunft zusammen. Diese Gemeinsamkeit ist der primäre Mobilisierungsfaktor für die Partizipation. Die Vereine sind daher stark darauf angewiesen, den Bezug zur Herkunftsgesellschaft aufrechtzuerhalten, denn sonst droht der Verlust des Bezuges zum Herkunftsland und zur Mobilisierungsbasis. Dementsprechend müssen die Vereine stets die ethnische Differenz betonen und die Kultur der Herkunftsgesellschaft tradieren und konservieren.

Diese Vereine sind außerdem auf die besonderen Bedürfnislagen der Minorität in der jeweiligen Aufnahmegesellschaft ausgerichtet: Sie geben Informationen an ihre Mitglieder weiter, artikulieren Interessen, kanalisieren und mobilisieren Aktivitäten. Somit leisten sie nicht nur erhebliche Beiträge zur individuellen sozialen Integration ihrer Klientel in die Aufnahmegesellschaft, sondern auch zur Durchsetzung kollektiver Minderheiteninteressen.

Von der Größe der jeweiligen Nationalitätengruppe und der Aufenthaltsdauer in ihrer Wohnumgebung hängt es ab, welchen Grad der Ausdifferenzierung und Spezialisie-

nung das Netz ethnischer Vereine erreichen kann, um eine ausreichende Anzahl von Vereinsmitgliedern zu rekrutieren. Daher können – anders als bei Vereinen der Mehrheitsgesellschaft – ethnische Vereine ihre Aktivitäten nicht nur auf eng begrenzte und einzelne Interessen beschränken. Charakteristisch für die meisten von ihnen ist durch diesen Rekrutierungsmodus vielmehr, dass sie mehrere, sehr verschiedenartige Ziele anstreben und ein vielfältiges Angebot an Möglichkeiten der Befriedigung materieller, sozialer und kultureller Bedürfnisse bereitstellen.

Die meisten herkunftshomogenen Vereine sind multifunktional. Die Mitglieder sind insgesamt stärker eingebunden als in anderen Migrantenvereinen, ihre Identifikation mit solchen Vereinen ist größer und sie partizipieren intensiver. Dies ergibt sich aus der Funktion dieser Vereine als Rückzugsmöglichkeit in einem Umfeld, in dem die Zuwanderer allgemeine Bedürfnisse, wie z.B. den Wunsch nach sozialer Anerkennung, befriedigen können. Da sie diese in der Aufnahmegesellschaft kaum erhalten, bilden herkunftshomogene Vereine oft die einzige Quelle sozialer Anerkennung für viele Migrant(inn)en (Diehl & Urbahn 1998, 15). Herkunftshomogene Vereine lassen sich auch nach den Zuwanderungsmotiven ihrer Mitglieder differenzieren. Vor allem gilt das für die Unterscheidung der Vereine von Arbeitsmigrant(inn)en und von Flüchtlingen.

Die Selbstorganisationen von Flüchtlingen spielen insgesamt nur eine kleine Rolle, zumal sie als relativ junge Organisationen erst am Anfang stehen. Ihre Einflussmöglichkeiten sind daher noch begrenzt. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen (Residenzpflicht, Asylbewerberleistungsgesetz usw.) ist es aber in den letzten Jahren immer häufiger zu Gründungen von Selbstorganisationen bei verschiedenen Flüchtlingsgruppen gekommen. Dieser Prozess wurde sicherlich durch viele deutsche Menschenrechtsorganisationen sowie Flüchtlings- und Solidaritätsinitiativen begünstigt und durch die Erkenntnis, dass die aktive Beteiligung der Flüchtlinge bei Protestaktionen gegen ihre Benachteiligung und Diskriminierung notwendig ist.

Die bei den herkunftshomogenen Vereinen der Arbeitsmigrant(inn)en zu beobachtende Tendenz, sich mehr an der Situation in der Aufnahmegesellschaft zu orientieren, ist bei den Selbstorganisationen der Flüchtlinge nicht zu beobachten. Vielmehr konzentrieren sich ihre politischen Aktivitäten und ihre Öffentlichkeitsarbeit, neben der Hilfe zur Bewältigung alltäglicher Probleme ihrer Klientel, auf die Veränderung der politischen Verhältnisse im Herkunftsland. Aufgrund des unfreiwilligen Aufenthaltes im Exilland wird es für Flüchtlinge oft zu einer Hauptaufgabe und zu einer Lebenssinfrage – die eine nicht zu unterschätzende individualpsychologische Funktion hat –, die Beziehungen zum Herkunftsland aufrechtzuerhalten und die eigenen politischen Gefährten, aber auch die Familienangehörigen im Herkunftsland ideell und materiell zu unterstützen (Tan 1994, 65).

- **Herkunftsheterogene Organisationen**

Die Mitglieder herkunftsheterogener Organisationen stammen aus unterschiedlichen Bereichen und bilden oft einen Zusammenschluss von Migrant(inn)en verschiede-

ner Nationalitäten. Sinnvoll ist es, die herkunftsheterogenen Selbstorganisationen in öffentlich-rechtlich legitimierte Organisationen, wie z.B. die Ausländerbeiräte, und nichtstaatliche Organisationen zu unterscheiden.

Ausländerbeiräte

Die Mehrzahl der Ausländerbeiräte in Niedersachsen können heute den Selbstorganisationen zugerechnet werden. Die Mitglieder sind ausländische Staatsangehörige, die direkt von den ausländischen Bewohner(inne)n der Kommunen in demokratischen Wahlen bestimmt werden. Relativ autonom von der kommunalen Administration, besetzen die Ausländerbeiräte ihre Themen- und Arbeitsfelder selbst. Sie unterscheiden sich zwar strukturell von Vereinen und Initiativen, verfolgen aber ihre selbstdefinierten Ziele. Somit haben sie eine ähnliche Funktion wie die Vereine. Ausländerbeiräte können als staatlich gestützte, lokale ethnisch-kulturelle Selbstorganisationen gewertet werden, die zugleich eine politische Kompensationsfunktion gegenüber dem Wahlrecht für deutsche Staatsangehörige übernommen haben. Sie sind ein zusätzliches (sozial-)politisches Instrumentarium; „denn angesichts der eingeschränkten politischen Betätigungsmöglichkeiten boten sie [...] eine Plattform zur Formulierung reformpolitischer Initiativen wie z.B. des kommunalen Wahlrechts, der doppelten Staatsangehörigkeit und der Liberalisierung des Ausländerrechts“ (Leggewie 1995, 176 f.).

Ausländerbeiräte existieren in Niedersachsen seit Mitte der 1970er Jahre in unterschiedlichen Formen. Ihr gemeinsames Merkmal ist,

- dass sie eine Beratungsaufgabe gegenüber den kommunalen Organen haben,
- dass sie durch einen förmlichen Beschluss der Kommunalvertretung gegründet wurden und
- dass für ihre Arbeit rechtliche Regelungen durch eine Satzung und/oder eine Geschäftsordnung vorliegen (Bischoff & Teubner 1991, 186).

Die öffentliche Diskussion über Sinn, Zweck und Effektivität dieser Institution hat eine so lange Geschichte wie die Institution selbst. Die zentrale Frage bei dieser Auseinandersetzung ist nach wie vor, ob Beiräte lediglich eine Alibi-Funktion haben oder eine echte Chance zur Partizipation darstellen. Kritiker(innen) begründen ihre Ansicht mit der fehlenden Handlungs- und Mitentscheidungskompetenz der Ausländerbeiräte: Beiräte verschafften deutschen Politikern nur ein demokratisches Alibi und lenkten von der prinzipiellen Verweigerung des politischen Partizipationsrechts ab. Dagegen vertreten Befürworter(innen) von Ausländerbeiräten die Meinung, dass trotz aller Mängel Ausländerbeiräte sehr wohl ein Instrument der politischen Beteiligung von Ausländern und damit ein Organ ihrer Interessenvertretung sind oder sein könnten (Bommes 1991, 12).

Die Ausländerbeiräte haben in den letzten Jahren einen Wandel in Struktur und Funktion erfahren. Ihrem Selbstverständnis nach begreifen sie sich nicht mehr nur als beratende Gremien, sondern vielmehr als Organe der Interessenvertretung von Migrant(inn)en auf kommunaler Ebene, ungeachtet der jeweiligen Staatsangehörigkeit. „Im wesentlichen beruht diese Entwicklung auf dem Bemühen der Migrant(inn)en, in diesen AB [Ausländerbeiräten, A.H.] ein Stück Selbstbestimmung, ein Stück Autonomie, ein Stück Emanzipation zu verwirklichen“ (Hoffmann 1999, 74). Dieses Bestreben drückt sich in dem Versuch vieler niedersächsischer Ausländerbeiräte aus, sich zu Migrationsräten umzustrukturieren

Beobachtet werden kann, dass in vielen Kommunen in Niedersachsen eine erneute Diskussion darüber entfacht ist, ob Ausländerbeiräte tatsächlich weiterhin gebraucht werden. Zur Kritik werden drei Argumente angeführt:

- die niedrige Wahlbeteiligung bei den Wahlen der Ausländerbeiräte,
- die Möglichkeit der direkten Beteiligung verschiedener Gruppen von Eingewanderten an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen durch das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger(innen) und
- die Zunahme der Zahl der eingebürgerten Migrant(inn)en.

Die Notwendigkeit des Sondergremiums Ausländerbeirat wird besonders von denjenigen, die in den Beiräten nur einen schwachen Ersatz für das fehlende Wahlrecht sehen, in Frage gestellt. Dieser Prozess ist noch offen, und über die Zukunft der Ausländerbeiräte ist noch nicht entschieden. Perspektiven liegen im Paradigmenwechsel des migrationspolitischen Diskurses auf Landes-/Kommunal-/Bundesebene und den entstehenden Rahmenbedingungen, vor allem aber in den Möglichkeiten der Beseitigung der systematischen Strukturprobleme von Ausländerbeiräten.

Interkulturelle/multi-ethnische Vereine

Seit den 1990er Jahren gibt es verstärkt Versuche, nationalitätenübergreifende Vereine und Verbände auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene zu gründen. Im Hintergrund steht oft die Erkenntnis, dass eine gemeinsame Interessenvertretung aller Migrant(inn)en auf verschiedenen Ebenen notwendig ist. Idealtypisch gesehen stammen die Mitglieder, Mitarbeiterschaft und Leitungsgremien aus verschiedenen Kulturen. In herkunftsheterogenen Migrantenselbstorganisationen können sowohl einzelne Menschen als auch verschiedene herkunftshomogene Vereine zusammengeschlossen sein (MASSKS 1999, 18).

Empirische Datenbefunde zeigen, dass Migrant(inn)en eher an herkunftshomogenen Vereinen partizipieren als an ethnisch-gemischten Vereinen und Organisationen. Das liegt einerseits daran, dass sie gesellschaftspolitische Ziele verfolgen (wie z.B. die Ein-

führung des kommunalen Wahlrechts, die Änderung des Ausländergesetzes), die von vielen Migrant(inn)en nicht als individuelle und essentielle Interessen betrachtet werden. Andererseits profitieren auch diejenigen von den Erfolgen, die sich nicht an der Durchsetzung solcher Ziele aktiv beteiligt haben.

Multi-ethnische Vereine führen eine plurale Vielfalt zusammen und wirken damit als solche integrativ. Dies kann als Vorteil gewertet werden; denn sie können die Bedürfnisse der in Deutschland aufgewachsenen zweiten und dritten Generation besser berücksichtigen als herkunftshomogene Vereine. Von einer größeren Reichweite und Akzeptanz dieser Organisationsform ist aufgrund dieser Tatsache auszugehen (ebd., 3).

Aktivitätenschwerpunkte

Die Aktivitäten von Migrantenselbstorganisationen sind von höchst unterschiedlicher Art. Sie lassen sich nach kulturellen, sozialen, politischen oder besonderen Aktivitäten zur Interessenvertretung trennen. Demgemäß sind unterschiedliche Vereinsfunktionen hervorzuheben. In der Wirklichkeit des Vereinsgeschehens und der Tätigkeit ihrer Vorstände entwickeln sich Migrantenselbstorganisationen dagegen häufig multifunktional (Fijalkowski & Gillmeister 1997, 209).

Die Vielfältigkeit der Ziele der Migrantenselbstorganisationen spiegelt sich in der bunten Palette ihrer Aktivitäten- und Themenschwerpunkte wider. Bei einem großen Teil der Organisationen fällt auf, dass sie parallele Angebote unterschiedlicher Art bieten, die jeweils zielgruppenspezifisch sind. Dieses Phänomen trifft auf herkunftshomogene wie auf heterogene Vereine zu. Die wenigsten beschränken sich auf ein eingegrenztes Tätigkeitsfeld oder eine eingegrenzte Zielgruppe (Klientel). Das sind in der Regel Vereine, die sich schon bei ihrer Gründung auf bestimmte Tätigkeitsfelder spezialisiert haben, wie z.B. Elternvereine der verschiedenen Nationalitäten.

Ihre spezifischen Leistungen sowohl für die Migrantenbevölkerung als auch für die Mehrheitsgesellschaft können in folgenden Bereichen zusammengefasst werden:

a) Dienstleistungsfunktion

Migrantenselbstorganisationen greifen spezifische Bedürfnisse der Migrant(inn)en auf und versuchen, die Lücken in der sozialen und kulturellen Regelversorgung zu schließen. Neben der Begleitung von Behördengängen, Übersetzungstätigkeiten und Einzelfallberatungen werden umfangreiche integrative Angebote gemacht. Viele Vereine bieten deutsche Sprach- und Alphabetisierungskurse, Nachhilfeunterricht und Hausaufgabenhilfe für Schüler(innen) an. Damit sind sie als wichtige Kooperationspartner für Schulen und Lehrerschaft ausgewiesen, zumal sie über vielfältige Zugangsmöglichkeiten zu den Migranten-Eltern verfügen.

Einige herkunftshomogene Organisationen machen auch Angebote zur Freizeitgestaltung, wie z.B. sportliche Aktivitäten, Näh- und Kochkurse, die in vielen Fällen alters-

und/oder zielgruppenspezifisch organisiert sind: also z.B. Kurse für Kinder, Jugendliche und Frauen.

Mit zunehmender Tendenz bieten insbesondere herkunftsheterogene Migrantenselbstorganisationen ihrer Klientel Niedrigschwellige berufsqualifizierende Maßnahmen und Projekte zur Verbesserung des Arbeitsmarktzuganges an.

b) Pflege und Weiterentwicklung der Herkunftskultur

Einen höheren Stellenwert nimmt der kulturelle Bereich bei den Aktivitäten der herkunftshomogenen Vereine ein. Das Feiern von traditionellen Festen ist ein wichtiger Bestandteil, und einige Vereine sehen darin eine Gelegenheit für die Geselligkeit. Es ermöglicht Angehörigen der gleichen Nationalität zusammenzukommen und wird als Pflege und Weitergabe von wichtigen kulturellen Bestandteilen an die nächste Generation angesehen.

Dieses starke Bedürfnis vieler Migrant(inn)en zur Pflege und Weiterentwicklung ihrer Herkunftskultur kann kein anderer Träger öffentlicher Interessen befriedigen. Darüber hinaus beleben Migrantenselbstorganisationen die kulturelle Vielfalt in Niedersachsen, verdeutlichen die positiven Seiten der Multikulturalität und leisten damit einen Beitrag zur Akzeptanz und Wertschätzung des Anderen.

c) Brückenfunktion/Vermittlungsrolle

Migrantenselbstorganisationen transportieren einerseits die Interessen und Probleme der Migrant(inn)en in das politische und administrative System der Aufnahmegesellschaft, andererseits vermitteln sie ihren Mitgliedern Informationen und Kenntnisse über die Aufnahmegesellschaft. Häufig werden sie von beiden Seiten als kompetente Ansprechpartner in Anspruch genommen. Eine Reihe von Aktivitäten sind im Bereich der Aufklärungsarbeit entwickelt worden. Viele Organisationen legen großen Wert darauf, Informationslücken bei ihrer Klientel zu schließen. Mit Informationsveranstaltungen, Diskussionsabenden und Broschüren wird versucht, über Gesetzesänderungen sowie Leistungsansprüche in bestimmten Sozialbereichen und über politische Entwicklungen in Deutschland zu informieren.

d) Interessenvertretung

Ein Pfeiler der politischen Arbeit besteht in der Interessenvertretung gegenüber Einrichtungen der Aufnahmegesellschaft. Auf kommunaler Ebene bemühen sich darum vor allem die Ausländerbeiräte durch regelmäßige Gespräche mit Vertretern der Kommunalpolitik und -verwaltung. Durch Beteiligung an zahlreichen Ratsausschüssen verschaffen sie den Interessen der Migrant(inn)en Gehör. Aber auch viele herkunftshomogene Vereine übernehmen entsprechend ihrem gewandelten Selbstverständnis stärker die Rolle einer Interessenvertretung. Durch die Beteiligung an kommunalen Arbeitskreisen und Fachforen nehmen sie die Interessen ihrer Gruppe, insbesondere im Bereich der Schulen und der Gesundheitsinstitutionen, wahr.

Auf Bundesebene mangelt es an Möglichkeiten einer institutionalisierten Interessenvertretung der Migrantenselbstorganisationen. Dagegen versuchen einige Bundesländer Migrantenselbstorganisationen in unterschiedlichen Formen in die Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. So hat z.B. der Niedersächsische Landtag eine

Ausländerkommission mit Selbstbefassungsrecht berufen. In ihrem Rahmen finden parlamentarische Diskussionen zu Migrationsthemen statt, sie kann jedoch nur einstimmig Empfehlungen abgeben. Sie wird als Instrument angesehen, bei politischen Entscheidungen des Parlaments und der Regierung die Positionen der Migrantenselbstorganisationen anzuhören. Neben den Landtagsfraktionen haben unter anderem die Arbeitsgemeinschaft MigrantInnen und Flüchtlinge in Niedersachsen (AMFN) und die Arbeitsgemeinschaft Kommunale Ausländervertretungen Niedersachsen (AG KANN) – als Vertreter der Migrantenselbstorganisationen in Niedersachsen – Mitglieder in die Ausländerkommission entsandt.

Fazit

Trotz der Teilerfolge der Migrantenselbstorganisationen im kulturellen und Dienstleistungsbereich sind sie weitgehend aus politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen und ihre Leistungen werden nur schwach wahrgenommen. Das macht ihre mangelnde äußere Funktionsfähigkeit und ihre unterentwickelte Lobbyarbeit deutlich.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und die oft reservierte Einhaltung der Mehrheitsgesellschaft erschweren eine kollektive Interessenvertretung ethnischer Minderheiten. Außerdem sind die Migrantenselbstorganisationen personell und finanziell unzureichend ausgestattet. Aber auch die Vertretung von Einzel- und Partikularinteressen sowie die oftmals fehlende Bündelung und Vernetzung auf lokaler und Landesebene sind eine weitere Ursache für ihre Schwäche.

Obwohl das Bewusstsein ethnischer Zugehörigkeit in einer ausdifferenzierten Gesellschaft als ein modernes Mittel der politischen Mobilisierung und gesellschaftlichen Interessenvertretung im Kampf gegen Diskriminierung als funktional zu werten ist, kann dieser Tatbestand nicht über ihre gegenwärtige Schwäche hinwegtäuschen.

Die Gemeinsamkeiten in der Migrationsgeschichte und -situation sind, unabhängig von den Herkunftsnationen und ethnischer Zugehörigkeit, oft größer als vermutet oder unterstellt wird. Deshalb können die Erfahrungen der Migration und der Ausgrenzung mit Hilfe der Anerkennung der zugrundeliegenden ethnisch-religiösen Diversität und der durch Geschlechts- und Klassenstatus manifestierten sozialen Differenzen als gemeinsam verstanden werden. Deshalb müssen Gemeinsamkeiten stärker herausgebildet und Handlungsstrategien für eine emanzipatorische und effektive Interessenvertretung der ethnischen Minderheiten koordiniert und vernetzt werden. Für die nächsten Jahre ist das die größte Herausforderung der Migrantenselbstorganisationen.

Darüber hinaus sollten Migrant(inn)en durch ihr stärkeres Engagement in Bürgerrechtsfragen ihre eigene Integration vorantreiben. Trotz ihrer ökonomischen Marginalisierung und trotz der rassistischen Ressentiments, die ihnen oft entgegen gebracht

werden, sollten Migrantenselbstorganisationen verstärkt versuchen, offensiv in die politische Diskussion einzugreifen. In einer Situation, in der Minderheiten marginalisiert und ausgegrenzt sind, ist ein offensives und selbstbewusstes Auftreten ihrer Interessenvertreter eine wichtige Voraussetzung für die Mobilisierung der eigenen Ressourcen und die Durchsetzung der Interessen gegenüber den Entscheidungsträgern der Mehrheitsgesellschaft.

Migrantenselbstorganisationen vertreten die Interessen von Gruppen, die in Deutschland in aller Regel kein Wählerpotential repräsentieren. Das Hauptdruckmittel einer effizienten Interessenvertretung, nämlich das Recht zu wählen und abzuwählen, also die Möglichkeit zur Verteilung von Gratifikation und Sanktion, bleibt diesen Gruppen bisher vorenthalten. Diese Feststellung soll die Bedeutung der Partizipation in den eigenen Organisationen nicht schmälern. Sie kann helfen, die fehlende Partizipationsmacht im richtigen Rahmen und Kontext zu verstehen.

Migrantenselbstorganisationen sind gut beraten, sich stärker dafür einzusetzen, dass erleichterte Einbürgerungsmöglichkeiten vermehrt in Anspruch genommen werden, aber auch die Forderung nach Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft erneut zum Thema wird. Zwar bildet der deutsche Pass nicht den Königspfad der sozialen Integration. Er garantiert auch keine Chancengleichheit und verhindert keine rassistischen Ressentiments. Er liefert aber die Eintrittskarte für eine erfolgversprechende Form der Interessenvertretung: nämlich eine neu konstituierte Bürgerrechtsbewegung.

Literatur:

Assimenios, Stamatis (1999). Zur politischen Partizipation von Migranten in Deutschland. In: Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in der Bundesrepublik Deutschland (Hg.). Aspekte politischer Partizipation von Migranten in Deutschland. Bonn. S. 23–27.

Bischoff, Detlef & Teubner, Werner (1991). Zwischen Einbürgerung und Rückkehr. bearb. Aufl., Berlin.

Bommes, Michael (1991). Interessenvertretung durch Einfluss - Ausländervertretung in Niedersachsen. Osnabrück.

Diehl, Claudia & Urbahn (1998). Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland. hg. v. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn.

Fijalkowski, Jürgen & Gillmeister, Helmut (1997). Ausländervereine - ein Forschungsbericht. Berlin.

Gaitanides, Stefan (1999). Integration – Bringschuld der Einwanderer und/oder der Mehrheitsgesellschaft? In: Bildungsarbeit. H. 3. S. 1-10.

Gaitanides, Stefan (2000). Arbeit mit Migrantenfamilien – Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände und der Selbstorganisationen. In: Sachverständigenkommission (Hg.). Familien ausländischer Herkunft in Deutschland: Lebensalltag. Materialien zum 6. Familienbericht, Bd. 2. Opladen. S. 107–143

Hoffmann, Lutz (1999). Interessenvertretung durch Einfluss: Ausländerbeiräte – Zur Rolle der Ausländerbeiräte für die soziale und politische Partizipation. In: Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in der Bundesrepublik Deutschland (Hg.). Aspekte politischer Partizipation von Migranten in Deutschland. Bonn. S. 73-83.

Jahn, Gerhard & Sen, Faruk (1984). Ausländische Selbstorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR). H. 3. S. 135-141.

- Leggewie, Claus (1995). *Institutionelle Rahmenbedingungen für eine Einwanderungskonzeption der Bundesrepublik Deutschland*. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.). *Einwanderungskonzeption für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn. S. 169-185.
- MASSKS: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (1999). *Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW*, Düsseldorf.
- Sackmann, Rosemarie (1997). *Migranten und Aufnahmegesellschaft*. In: Häußermann, Hartmut & Oswald, Ingrid (Hg.). *Zuwanderung und Stadtentwicklung*. Leviathan Sonderheft 17. S.42-59.
- Schulte, Axel (1997). *Multikulturalismus: Gefährdung oder Weiterentwicklung von Integration und Demokratie?* In: Waldhoff, Hans-Peter u.a. (Hg.). *Brücken zwischen Zivilisationen*. Frankfurt/ a.M. S. 289-322.
- Stienen, Angela & Wolf, Manuela (1991). *Integration – Emanzipation: Ein Widerspruch? Saarbrücken*.
- An, Dursun (1994). *Selbstorganisation von Flüchtlingen in Niedersachsen – Möglichkeit oder Utopie?*. In: Ha-deed, Anwar (Hg.). *Flucht ist kein Entkommen*. Münster/Hamburg. S. 63-68.

Referate und Berichte aus den Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe 1

Sozialraumorientierung in der Jugendarbeit – Lebenswelten junger MigrantInnen

Referent: Prof. Dr. Erol Yıldız, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt / Österreich

Einleitende Bemerkungen

Obwohl Migrationsprozesse und migrationsbedingte gesellschaftliche Veränderungen als wesentliche Bestandteile des Zusammenlebens zur Alltagsnormalität gehören und Urbanität ohne Migration schlichtweg nicht denkbar ist, werden Migrant(inn)en im öffentlichen Diskurs noch immer als eine Ausnahmeerscheinung, als Abweichung von der hiesigen Normalität betrachtet und ihre gesellschaftliche Präsenz immer wieder als Auslöser für so genannte Kulturkonflikte beschworen. So sehen sich Migrant(inn)en täglich mit ethnischen Zuschreibungen konfrontiert, durch die sie ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden, entwickeln Gegenstrategien und versuchen sich in diesem Spannungsfeld zu positionieren. Der hegemoniale Umgang mit der migrantischen Bevölkerung wurde bisher von geradezu mythischen Konzepten wie „ethnische Differenz“, „Kulturkonflikt“ oder „Integration“ bestimmt. Ausgangspunkt solcher Entwürfe ist eine eindeutig homogene deutsche Gesellschaft, welche erst eine geeignete Umgangsform mit „ethnisch Anderen“ und „kulturell Fremden“ (er)finden musste.

In den letzten Jahren sind Jugendliche mit Migrationshintergrund (dabei handelt es sich oftmals bereits um die dritte Generation!) in die öffentliche Aufmerksamkeit geraten. Auch sie werden als „Problemfälle“, als „ethnisch Andere“ dargestellt, die zwischen zwei Kulturen geraten seien, Orientierungsprobleme hätten und daher zunehmend zu Gewalt und Fundamentalismus neigen würden. Dieses Bild hat bisher nicht nur die politischen Debatten geprägt, sondern ebenso den schulischen Umgang und die pädagogischen Maßnahmen. Auch die so genannte interkulturelle Jugendarbeit, um die es im vorliegenden Beitrag geht, ist davon nicht verschont geblieben. Die Basis interkultureller Jugendarbeit war von Beginn an eine öffentlich propagierte Defizitorientierung. Daher war der pädagogische Umgang und speziell die interkulturelle Jugendarbeit von Beginn an paternalistisch, kompensatorisch und somit präventiv orientiert. Gerade die Bezeichnung „interkulturell“ zeigt deutlich, dass die Anwesenheit von migrantischen Jugendlichen auf eine - wie auch immer definierte - „Kultur“ reduziert und als kulturelles Problem wahrgenommen wird. Die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen diese Jugendlichen aufwachsen, leben, Alltagsstrategien entwickeln und Anerkennung fordern, werden in der konventionellen Jugendarbeit ignoriert oder eher als „Kulturkonflikt“ wahrgenommen.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts gibt es, wenn auch nur punktuell, einen Perspektivenwechsel, zumindest im akademischen Diskurs. Interkulturelle Öffnung von Instituti-

onen, Sozialraumorientierung, lebensweltliche Heterogenität als Lernvoraussetzung, Alltagsweltorientierung in der Bildungsarbeit sind Aspekte, die diesen Paradigmenwechsel markieren. Obwohl die kritische Migrationsforschung seit Jahren für einen Perspektivenwechsel plädiert und im akademischen Bereich bereits fundierte wissenschaftliche Ansätze dafür existieren, scheint die Praxis davon unberührt geblieben zu sein.

In diesem Beitrag werde ich zunächst auf die Diskrepanz zwischen öffentlichem Diskurs und alltäglicher Praxis eingehen. Anschließend werde ich die Relevanz interkultureller Öffnung, der Sozialraumorientierung bzw. Alltagsweltorientierung diskutieren, die Potentiale dieser Perspektive in den Mittelpunkt rücken und dazu konkrete Beispiele geben.

Migrantische Jugendliche zwischen öffentlichem Diskurs und Alltagspraxis

Wie einleitend erwähnt, ist die Wahrnehmung von Jugendlichen im öffentlichen Migrationsdiskurs immer noch defizitorientiert. Sie werden überwiegend auf nationale und ethnische Eigenschaften reduziert und erscheinen als eine homogene Gruppe. Dieses Bild, das auch den pädagogischen Diskurs durchzieht, hat sich im Umgang mit migrantischen Jugendlichen normalisiert und dient als Wegweiser der Wahrnehmung. Um die Situation dieser Jugendlichen zu beschreiben, wird immer wieder die Metapher vom „Leben zwischen zwei Welten“ herangezogen, eine Art „kultureller Schizophrenie“ unterstellt. Aus dieser hegemonialen Perspektive treten die Lebenswelten von migrantischen Jugendlichen, ihre Netzwerke, ihre Wahrnehmung der Wirklichkeit, ihre Lebensentwürfe, also ihre alltägliche Lebenswirklichkeit nicht in Erscheinung. Andernfalls werden sie entweder als Folklore abgetan, oder in den letzten Jahren zunehmend als potentielle Parallelgesellschaft abgewertet. Nun sind es aber gerade diese alltägliche Lebenspraxis und Lebensräume, die für die Konzipierung einer Migrationsgesellschaft von Relevanz sind. Aus dieser Perspektive findet man bislang kaum angemessene Studien.

Aus hegemonialer Sicht werden dagegen Stadtteile oder Straßenzüge, in denen mehrheitlich migrantische Jugendliche wohnen, nicht als durch Jugendliche geprägte Lebensräume, sondern als soziale Brennpunkte wahrgenommen. Sie werden als Orte der Unordnung, der Abweichung und Anomie dargestellt, drastisch ausgedrückt als „pathologische Orte“. In einer solchen Perspektive treten migrantische Jugendliche nicht als handelnde Subjekte in Erscheinung, sondern als eine homogene Menge, desorientiert und gewalttätig, außerstande, sich selbst zu definieren und ihr Leben selbst zu organisieren. Dies rechtfertigt eine pädagogische Begleitung, durch die sie in die hiesige Normalität eingeführt und repräsentiert werden. Kurz gesagt, sie werden „entantwortet“ (Terkessidis 2004, 191). Dieser pädagogisch-paternalistische Umgang zeigt schließlich, wie Stigmatisierung, Ethnisierung, Kulturalisierung und Degradierung migrantischer Jugendlicher systematisch vorangetrieben und die Gesellschaft so auf „Wir und die Anderen“ (Beck-Gernsheim 2004) reduziert wird. Eine vermeintlich ethnische

oder kulturelle Homogenität entsteht erst durch den Außenblick, dem die individuellen Deutungen der Akteure entgehen. Die konkrete Lebenspraxis der Jugendlichen vor Ort wird systematisch ausgeblendet oder als problematisch eingestuft.

Wenn man die Perspektive umkehrt und die Lebenswirklichkeit der Jugendlichen in den Mittelpunkt rückt, dann sieht man sich mit einem anderen Bild konfrontiert. Der ethnographische Blick vor Ort führt zu differenzierten Einsichten in die Alltagspraxis und die Lebensräume der betroffenen Jugendlichen. Ihre Lebenspraxis wird dabei nicht wie üblich als Abbild der Herkunftswelt oder als Verlängerung einer Herkunftskultur verstanden, sondern als ein lokales und spezifisches Arrangement, das die Lebenspraxis der betroffenen Jugendlichen in den jeweiligen Stadtvierteln abbildet, die sich unter zum Teil restriktiven gesellschaftlichen Bedingungen entwickelt hat, eine Art „Überlebenspraxis“, die für die Lebensentwürfe der betroffenen Jugendlichen relevant ist. Mit diesem eher ungewohnten Blick auf die Alltagspraxis migrantischer Jugendlicher sieht man sich plötzlich mit einer recht unspektakulären Situation konfrontiert. Was in der Außenperspektive als negativ und homogen präsentiert wird, erweist sich aus der Binnensicht als durchaus differenziert, mehrdimensional und interessant. Die Lebenswirklichkeit migrantischer Jugendlicher in den Stadtvierteln zeigt, dass sie mehrere „Heimaten“ haben, multiple kulturelle und soziale Netzwerke und Bindungen entwickeln können, dass sie dabei mit den von außen zugeschriebenen ethnischen Sortierungen kreativ und subversiv umzugehen wissen und auf diese Weise eine über ethnische und nationale Grenzen hinausgehende transkulturelle Alltagspraxis entwerfen, die gleichermaßen von Lokalität und Globalität geprägt ist. Ihr Alltagsleben ist – so zeigen die Gespräche, die wir mit den Jugendlichen führten – in unterschiedlicher Weise in Prozesse und Ereignisse involviert, die nicht mehr auf lokale Gegebenheiten reduziert werden können, auch wenn sie sich lokal manifestieren und für die Jugendlichen lokalspezifische Bedeutungen aufweisen. Es ist eine Art Lokalität, die auf weltgesellschaftlicher Basis organisiert wird. Für die Kölner HipHop-Gruppe „Ifade“ beispielsweise, die die so genannte dritte Migrantengeneration repräsentiert, stellt sich die Frage, warum ihre Kompetenz, in unterschiedlichen Welten leben und denken zu können, nicht anerkannt wird, statt immer wieder kulturelle Bekenntnisse zu verlangen: „Viele suchen nach einem Punkt, von dem aus sie sich orientieren können. Ich glaube, so einen Punkt braucht man gar nicht“, sagt Rapper Hakan in diesem Zusammenhang. Hakan erzählt in seinen Texten von den Problemen der zweiten und dritten Generation, von der Lebenspraxis der migrantischen Jugendlichen in Köln. Er sagt: „Mein Vater wollte eigentlich nur ein Jahr in Deutschland bleiben. Diese kurzfristige Sache wurde dann zu einem neuen Leben. So handelt das Stück „İki Dünya“ (Zwei Welten; Übersetzung E. Y.) vom Leben mit mehreren Identitäten. Es zeigt, wie Jugendliche ihre Welt wahrnehmen und definieren, wie sie unterschiedliche globale Elemente nutzen, mit lokalen Bausteinen kombinieren und wie auf diese Weise neue Lebensentwürfe entstehen, die im Grunde die Öffnung der Orte zur Welt demonstriert (vgl. Yildiz 2005).

Ein weiterer Aspekt ist die kreative, ja subversive Nutzung hegemonialer ethnischer Zuschreibungen von migrantischen Jugendlichen, um eine politische Strategie zu entwickeln. Das Bündnis Kanak Attack ist eine solche subversive Umwendung, welches

gerade aus der hegemonialen Zuschreibung „Kanak“ mittels einer ironischen Umdeutung eine positive Selbstdefinition macht, um auf diese Weise Räume des Widerstands gegen die hegemoniale Normalisierungspraxis zu schaffen und gegen die „Kanakisierung“, also Stigmatisierung bestimmter Migrantengruppen vorzugehen.

Die Alltagspraxis zeigt weiter, dass auch die vermeintlich ethnischen Zuordnungen im Zeichen globaler Öffnungsprozesse immer komplizierter werden, wie das folgende Beispiel aus Köln demonstriert:

Eine im Stadtteil Ehrenfeld lebende Frau, die aus Brasilien stammt, ist mit einem schwulen Mann verheiratet und lebt in einer Wohngemeinschaft mit vier Salsa-Fans, wobei sie mit einem von Ihnen liiert ist. Die gelernte Juristin verdient ihren Unterhalt in einer Bürgerinitiative, ihr schwuler Mann, mit dem sie aus aufenthaltsrechtlichen Gründen verheiratet ist, ist in München geboren und aufgewachsen, lebt zur Zeit in Köln. Er hat einen bayrischen Akzent, kann etwas Türkisch und Arabisch. Sein Vater stammt aus Syrien, seine Mutter aus der Türkei.

Interkulturelle Öffnung und Sozialraumorientierung - Ein neuer Blick auf die Lebenspraxis migrantischer Jugendlicher

Seit wenigen Jahren gibt es - wenn auch bisher nur punktuell - innovative Perspektiven auf die Alltagspraxis migrantischer Jugendlicher. Die Ansätze „Interkulturelle Öffnung“ und „Sozialraumorientierung“ sind bekannt. Diese neue Sichtweise bedeutet, sich von der konventionellen Defizitorientierung im pädagogischen Umgang mit migrantischen Jugendlichen zu verabschieden, die Betroffenen als Experten ihres Alltags zu betrachten, ihre vielfältige Alltagspraxis zur Kenntnis zu nehmen und strukturell darauf zu reagieren.

Interkulturelle Öffnung nimmt zunächst Bezug auf die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse im Zeichen globaler Öffnungsprozesse, die zum einen mit einer zunehmenden Pluralisierung und Individualisierung einhergehen und eine globale Vielfalt hervorbringen. Zum anderen führen Migrationsprozesse zunehmend zur Kosmopolitisierung alltäglicher Lebenspraxis. Migrationsbedingte Vielfalt gehört zur Alltagsnormalität.

Die Forderung der interkulturellen Öffnung von Institutionen und Organisationen zielt einerseits darauf, die gesellschaftliche Vielfalt in den institutionellen Abläufen und den Selbstdarstellungen von Einrichtungen widerzuspiegeln und auf diese Weise anzuerkennen. Andererseits soll damit erreicht werden, dass die bestehenden Ungleichheiten, die ungleichen Zugangsmöglichkeiten zu gesellschaftlichen Ressourcen abgebaut, gesellschaftliche Machtverhältnisse aufgebrochen und soziale Fragen neu definiert werden. So kann die auf Anerkennung basierende interkulturelle Orientierung vielfältige Chancen bieten, eine hegemoniale Normalität in Frage zu stellen, in-

stitutionelle Diskriminierung öffentlich zu thematisieren und die migrantischen Perspektiven in die Gestaltung der Gesellschaft einzubinden.

Auch die sozialräumlich orientierte Jugendarbeit favorisiert einen Perspektivenwechsel und erkennt die Bedeutung differenzierter Alltagswirklichkeiten von Jugendlichen im pädagogischen Umgang als konstitutiv an. Auf diese Weise verabschiedet sie sich vom herkömmlichen therapeutischen und präventiven Blick und favorisiert eine ressourcenorientierte Perspektive. Die typische Logik für Präventionsprojekte, nach der öffentliche Räume fast ausschließlich unter negativem Vorzeichen als „soziale Brennpunkte“ betrachtet werden, wird vielfach kritisiert. Stattdessen wird die Ermöglichung selbstbestimmter Aneignungsprozesse und damit auch Lernprozesse in den Mittelpunkt gerückt (vgl. Deinet 2006, 22). Kinder und Jugendliche werden als handelnde Subjekte in ihrem alltäglichen Leben gesehen, als Erfinder(innen) ihrer Wirklichkeit. Das zentrale Prinzip des sozialraumorientierten Ansatzes ist es, die vorhandenen Potentiale von Jugendlichen sichtbar zu machen und als Kompetenz in die Gestaltung der Jugendarbeit einfließen zu lassen. Der Fokus auf den Sozialraum sieht diesen als Ressource, als Potential, das genutzt werden soll. Hier geht es vor allem um die Stärkung vorhandener Kompetenzen und Netzwerke.

Darüber hinaus werden informelle Lernprozesse in den Mittelpunkt gerückt, die in der schulischen Bildung oft nicht zur Kenntnis genommen werden. Hier wird davon ausgegangen, dass die Jugendlichen überall, wo sie sich bewegen und ihre Biographien entwerfen, lernen: „Indem der ‚Raum‘ der Jugendarbeit anregend wirkt, Kindern und Jugendlichen Gestaltung und Veränderung, Konfrontation und alternative Erfahrungen ermöglicht, wird er selbst zu einem Aneignungs- und Bildungsraum im Bereich des informellen Lernens“ (Deinet 2006, 40).

Gerade was die Bedeutung der lokalen Verortung für migrantische Jugendliche betrifft, ist der sozialräumliche Ansatz geeignet, die Jugendlichen wirklich zu erreichen. Jugendarbeit mit migrantischen Jugendlichen darf die Betroffenen nicht auf ethnische oder nationale Loyalitäten reduzieren, sondern sie muss die lokalen Zugehörigkeiten und Orientierungen ernst nehmen und zur Basis ihrer Arbeit machen. Mit seiner Orientierung an der Lebenswirklichkeit bietet der sozialräumliche Ansatz die Chance, kulturalisierende und ethnisierende Zuschreibungen aufzubrechen, zu überwinden und auf diese Weise zur Ent-Ethnisierung der Gesellschaft beizutragen. Da die sozialraumorientierte Jugendarbeit informelle Lernorte und Lernprozesse und die Erlangung von Qualifikationen jenseits des schulischen Kontextes in den Vordergrund rückt, ist sie geeignet, die Ressourcen und Kompetenzen migrantischer Jugendlicher wahrzunehmen und an sie anzuknüpfen.

Fazit: Jugendliche als Erfinder ihrer Wirklichkeit

Wir sollten uns also von der hegemonialen Perspektive, in der Jugendliche als defizitär und als homogene Masse wahrgenommen werden, verabschieden und die Betroffenen in ihrer Individualität als kompetente Expert(inn)en ihres Lebens in den Mittelpunkt rücken. Dies erfordert, dass wir unser Denken von Kategorien wie Homogenität,

Ganzheit und Identität, die den pädagogischen Umgang mit Migrant(inn)en von Beginn an geprägt haben, endlich befreien.

Der Perspektivenwechsel bedeutet auch, dass die Lebensbedingungen der Jugendlichen, ihre praktischen Erfahrungen, Lebensentwürfe, individuellen Präferenzen und Visionen ernst genommen und zum Ausgangspunkt pädagogischer Maßnahmen gemacht werden. Die Jugendlichen ernst zu nehmen bedeutet, dass man sie nicht direkt mit vordiktierten Regeln konfrontiert und künstliche Fronten schafft, sondern ihnen die Möglichkeit einräumt, sich auf die neue Situation auf je spezifische Weise einzustellen, um auf diese Art einen gemeinsamen Umgang miteinander zu finden. Den Jugendlichen sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre biographischen Erfahrungen und ihre Kompetenzen bei der Gestaltung und Definition ihrer Lebenspraxis als Ressourcen einzubringen und zu nutzen.

Literatur:

Beck-Gernsheim, Elisabeth (2004): Wir und die Anderen. Frankfurt am Main.

Deinet, Ulrich (2006): Der Sozialraumdebatte in der Jugendhilfe. In: Deinet, Ulrich/Krisch, Richard (Hg.): Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Methoden und Bausteine zur Konzeptentwicklung und Qualifizierung. Wiesbaden, S. 13-30.

Deinet, Ulrich (2006): Der qualitative Blick auf Sozialräume als Lebenswelten. In: Deinet, Ulrich/Krisch, Richard (Hg.): Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Methoden und Bausteine zur Konzeptentwicklung und Qualifizierung. Wiesbaden, S. 31-44.

Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld.

Yıldız, Erol (2005): Leben in der kosmopolitanen Moderne. Die Öffnung der Orte zur Welt. Köln, (unveröffentlichtes Manuskript).

Bericht Arbeitsgruppe 1

In dieser Arbeitsgruppe wurde die Sozialraumorientierung als mögliches Netzwerk und Betätigungsfeld für die Jugend(verbands)arbeit diskutiert. Thematisiert wurde insbesondere der Zugang zu jungen Menschen aus Zuwandererfamilien, deren Alltags- und Lebenswelten sowie ihre Kompetenzen in der Erschließung und im Umgang mit ihrer Umwelt.

Prof. Yıldız plädiert in seinem Vortrag für eine ressourcen- und alltagsweltorientierte Perspektive in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Er spricht sich dafür aus, sie als Alltagsexpert(inn)en für ihre Lebenswelt zu begreifen und ihre Potenziale sichtbar zu machen. Er hebt die Sozialraumorientierung von Jugendlichen heraus, also deren Lebenswelten und Alltagsorientierung im Hinblick auf den ihnen zugewiesenen territorialen Raum. Er fragt danach, was außerhalb von Schulen oder von Erwachsenen vorgegebenen Räumen geschieht. Deutschland habe sich von einem Einwanderungsland zu einem Auswanderungsland entwickelt. Gleichwohl hätte sich „das deutsche“ Gesicht der Städte verändert. So sei ein mediterranes „draußen sitzen“ heute in vielen Orten alltäglich. Dennoch gebe es keine ausreichende Repräsentanz oder Anerkennung von Migrant(inn)en. Hierfür sei vielmehr ein neues „Normalitätsverständnis“ vonnöten, ein Paradigmenwechsel, der sich nicht zuletzt in Schulbüchern niederschlagen sollte, die heute noch in Bild und Text Klischees bedienen.

Auch die linguistischen Einflüsse, gerade auf die Jugendsprache, müssten Beachtung finden, denn hier zeige sich, wie schwierig eine klare Abgrenzung sei und wie neue Zugehörigkeitsempfindungen (statt ethnische z.B. territoriale, wie es in Köln lebende migrantische Jugendliche formulieren, die sich als ihrem Stadtteil zugehörig definieren) entstehen können.

Abschließend stellt Prof. Yıldız fest, dass die Ausländerpädagogik lediglich punktuelle Erkenntnisse über Ressourcen und Potenziale von Migrant(inn)en erlangt habe und man das Wissen darüber zusammentragen müsse. Hierfür sei die Zusammenarbeit mit Migrantenselbst- und Jugendorganisationen grundlegend notwendig für die Herausbildung von Kompetenzen und Wissen um informelle Bildung neben der schulischen Bildung.

Die oben angesprochenen Punkte wurden durch einen kurzen Filmbeitrag verdeutlicht. In diesem Film stellt ein Jugendlicher mit familiärem Migrationshintergrund seine Alltagswelt in Köln-Chorweiler vor, ein Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf. Die betreffenden Jugendlichen identifizieren sich über „ihren“ diesen Stadtteil.

Besondere Merkmale von Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf sind folgende: Hoher Migrantenanteil, hoher Anteil an Kindern und Jugendlichen, kaum vorhandene bzw. schlecht ausgestattete „Freizeitflächen“ für Kinder und Jugendliche, z.T. hoher Anteil an Migrantenvereinen und Migrant(inn)enökonomie, veraltete Bausubs-

tanz, kaum Grünflächen, z.T. hohe Verkehrsdichte, hoher Anteil an Transferleistungsempfängern. Prof. Yıldız weist darauf hin, dass bei der Entwicklung bzw. „Aufwertung“ von Stadtteilen, die innere Dynamik dieser berücksichtigt werden sollte. Dazu gehört u.a. mit Jugendlichen zusammen Vorschläge für und an der Arbeit im Stadtteil zu entwickeln und diese stark in der Umsetzungsphase einzubinden. Die Motivation bei Jugendlichen ist hierbei sehr groß, da es sich um „ihren“ Stadtteil handelt und die Identifikation darüber bei diesen stark ausgeprägt ist. Eine Stadtteilentwicklung ohne Berücksichtigung und Einbindung der vorhandenen Potenziale läuft Gefahr, den Stadtteil durch Fehlunterstützung zu entwerten.

Prof. Yıldız konstatiert, dass es nur wenige und punktuelle wissenschaftliche Studien über die Alltagswelt junger Migrant(inn)en existieren. Für seine Studien hat er mit türkisch geprägten Sportvereinen, Jugendzentren, russischsprachigen Jugendgruppe u.a. zusammengearbeitet. Der Organisationsgrad (Vereinsform, Jugendvorstand etc.) vieler migrantischer Jugendgruppen ist allerdings sehr gering. Im Jugendzentrum z.B. existiert seit acht Jahren eine Hip-Hop-Gruppe. Eine Videogruppe hat sich kürzlich gegründet. Um diesen Gruppen formale und strukturelle Unterstützung zu leisten, fehlt es an kompetenten Fachkräften. Zum anderen fehlt es an Qualifizierungsmaßnahmen für diese Jugendlichen. Jugendringe könnten an diesem Punkt ihr Fachwissen und die verbandliche Jugendarbeit einbringen, um solchen Jugendgruppen langfristige strukturelle und finanzielle Perspektiven zu eröffnen. Des Weiteren könnten sie diesen Fortbildungsmaßnahmen, wie die JuLeiCa-Schulungen, anbieten.

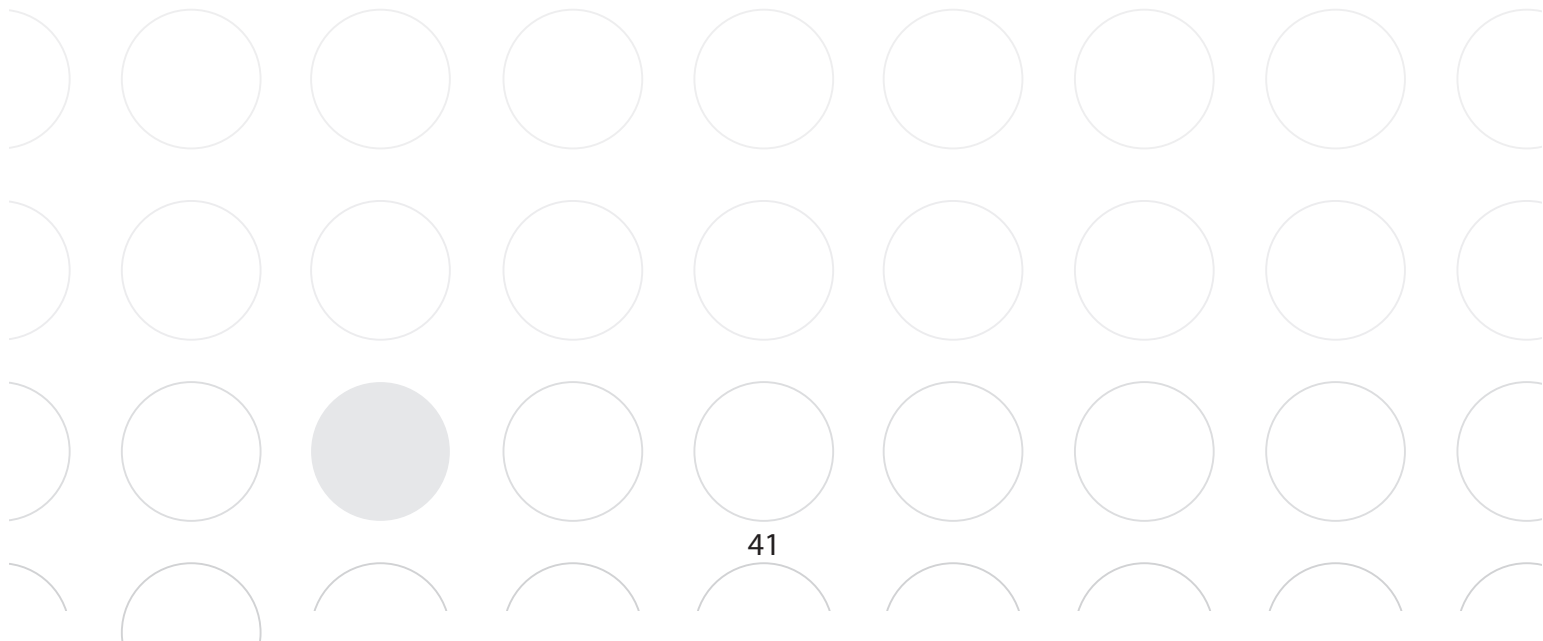
In der dargestellten Studie identifizieren sich junge Migrant(inn)en über ihren Stadtteil. Für die Außenwahrnehmung ist den Jugendlichen die Identifikation darüber ausreichend. Für die Innenwahrnehmung wird eine Aufspaltung nach ethnischen Gruppen sichtbar. D.h. um sich stadtteilintern abzugrenzen, benutzen Jugendliche das Merkmal der „nationalen Zugehörigkeit“ bzw. der „Herkunft“. In den meisten Fällen sind diese Kategorien auf die Eltern und Großelterngeneration der Jugendlichen übertragbar. Sie selbst sind z.T. in der 2., 3. und 4. Generation in der Bundesrepublik Deutschland geboren und sozialisiert. Dieses Spannungsverhältnis zwischen „interner - und externer Selbstzuschreibung“ sei ein wichtiger Indikator für den pädagogischen und gesellschaftlichen Umgang mit Jugendlichen aus Zuwandererfamilien.

Diese Erkenntnis beinhaltet zwei wichtige Aspekte: Zum einen spielt bei jungen Migrant(inn)en aus Zuwandererfamilien die ethnische Zugehörigkeit noch immer eine wichtige Rolle in der Selbstzuschreibung (Muttersprache). Zum anderen findet Identifikation über eine territoriale Zuschreibung statt (Stadtteil, Stadt, Bezirk etc). Eine Integration beider Aspekte in pädagogischen Konzepten, eine gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung beider Aspekte würde sicherlich effizient dazu beitragen, die „emotionale Bindung“ dieser jugendlichen Gruppen an die Bundesrepublik Deutschland zu stärken.

Ungeachtet dessen, zeigt sich in einigen Fällen, dass die ethnische Zugehörigkeit von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien bei gemeinsamen Themen/Interessen durch-

aus in den Hintergrund treten kann und an Wichtigkeit verliert. So hat sich in der Hip-Hop-Gruppe die Identifikation über die Herkunft stark aufgelöst. Stattdessen war das Tanzen das übergeordnete, gemeinsame, neue Interesse.

Sozialraumorientierung bei Jugendverbänden, Jugendringen in Kooperation mit Quartiersmanagern/Stadtteilbüros eröffnet diesen neue Zugangswege zu Migrant(inn)en, Jugendgruppen aus Zuwandererfamilien, Migrantenorganisationen, eröffnet die Möglichkeit neue Netzwerke zu knüpfen, Interessen von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien kennen zu lernen und aufzugreifen. Über Gruppendiskussionen, Stadtteilforen könnten Wünsche/Interessen von Jugendlichen akquiriert und bauliche Maßnahmen für die jugendliche Bevölkerung im Stadtteil eingefordert und mitgestaltet werden. In einem zweiten Schritt könnten Jugendverbände/Jugendringe bedarfsorientierte Fortbildungs- und Freizeitangebote für junge Migrant(inn)en entwickeln.



Arbeitsgruppe 2

Personalentwicklung in Jugendverbänden

Projekt IMUS – Ein Beispiel gelingender Nachwuchsarbeit mit jungen Migrant(inn)en

Referentin: Nadia Khalaf, Bezirksjugendwerk AWO Niederrhein

IMUS - ein Projekt des Bezirksjugendwerks der AWO Niederrhein zur Integration von Migrant(inn)en und Spätaussiedler(inn)en in die Jugendverbandsarbeit

Darstellung des Bedarfs

In der Stadt Essen lag der Anteil der nichtdeutschen Kinder und Jugendlichen im Jahr 2000 bei 15,1%. In den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit des Bezirk VI liegt der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (umfasst auch Spätaussiedler(inn)en) sogar bei 62 %. Die offene Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Essen hat somit einen hohen Anteil dieser Zielgruppe zu verzeichnen. In der Jugendverbandsarbeit ist diese Zielgruppe jedoch bisher unterrepräsentiert bis gar nicht anzutreffen.

In den letzten Jahren ist die Tendenz zu beobachten, dass sich jugendliche Migrant(inn)en und SpätaussiedlerInnen zunehmend in eigenen Verbänden organisieren, um ihre Interessen zu vertreten. Eine konzeptionelle Integration in bereits vorhandene Verbandsstrukturen hat allerdings bis dato nicht stattgefunden.

Was wir erreichen wollen

Die bereits im Jugendverband vorhandenen Potenziale zur Entwicklung der Persönlichkeit, wie z. B. Konfliktlösungskompetenz, Selbstbestimmung und demokratisches Verhalten, sollen durch das Projekt für die Zielgruppen anwendbar gemacht werden. Darüber hinaus soll den Jugendlichen der Bezug zu ihrer Region vermittelt werden.

„Integration durch Qualifikation“ bezeichnet unseren Ansatz. Über außerschulische Bildungsseminare zu Themen, wie:

- Jugendgruppenleiter(innen)schulung
- Erlebnispädagogik (z. B. Kanufahren und Klettern)
- Rhetorik
- Politische Bildung
- Regionale Kultur (z. B. Route Industriekultur)

sollen die Jugendlichen mit Migrationshintergrund an die verbandliche Jugendarbeit herangeführt und mit dieser vertraut gemacht werden.

Phasen des Projekts

Das IMUS - Projekt unterteilt sich in sechs Projektphasen, die aufeinander aufbauen. Innerhalb von drei Jahren sollen folgende Aufgaben abgeschlossen sein:

- Aufsuchende Jugendarbeit
- Jugendgruppenarbeit
- Aufzeigen von Partizipationsmöglichkeiten
- Gegenseitiges Aufklären über kulturelle Prägung und Bedürfnisse
- Außerschulische Bildungsarbeit
- Qualifikation zu Multiplikator(inn)en
- Ehrenamtliches Engagement der Zielgruppe
- Übernahme politischer Verantwortung

Vernetzung

Während des Projekts wird mit sämtlichen im Sozialraum vertretenen Organisationen und Institutionen kooperiert, insbesondere mit den Migrant(inn)enselbstorganisationen.

Interkulturelle Öffnung

Zur Umsetzung aller Ziele wird vor allem eine interkulturelle Öffnung des Verbandes als wichtig erachtet. Diese Veränderung muss u. a. beinhalten, dass die Religionszugehörigkeit, die kulturelle Prägung und die Bedürfnisse der Zielgruppe nicht nur toleriert und akzeptiert werden, sondern sich auch in dieser neu zu gestaltenden Jugendverbandsarbeit verwirklichen können. Damit soll ein Prozess erreicht werden, der auf Gegenseitigkeit beruht und den jungen Migrant(inn)en und SpätaussiedlerInnen einen Weg zeigt, einen Platz in unserer Gesellschaft zu finden und ihre erworbenen Kompetenzen als Multiplikator(inn)en weiter zu vermitteln.

Wie wurden und werden die angedachten Ziele erreicht?

Das IMUS Projekt befindet sich in den letzten beiden Projektphasen. Mittlerweile handelt es sich um eine Gruppe von 50 Jugendlichen und jungen Erwachsenen die am Projekt partizipieren. Aus der Gesamtgruppe hat sich eine Kerngruppe von 25 Teilnehmer(inn)en gebildet, die als Multiplikator(inn)en ausgebildet werden.

Die Phasen 1 und 2 wurden in den ersten zwölf Monaten abgeschlossen und erreicht. Dieses geschah durch die aufsuchende Jugendarbeit. Durch direkte Ansprache der damaligen Projektleiterin Frau Khalaf und der damaligen Honorarkraft Frau Trippler wurde ein erster Schritt der Kontaktaufnahme aufgegriffen. In Kooperation mit Fachkräften der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Essener Norden wurden gezielt Jugendzentren aufgesucht und dort Jugendliche und junge Erwachsene angesprochen. Nach einer ersten Kontaktaufnahme folgten erste Seminare zum Kennenlernen. Inner-

halb dieser Seminare wurde den Teilnehmer(inn)en das Jugendwerk vorgestellt und Verbandsstrukturen näher gebracht. Übergehend in Phase 2 fand klassische Jugendgruppenarbeit statt. Diese in Form von alternativer Freizeitbeschäftigung mit einer Programmgestaltung in Form von Ausflügen, Museumsbesuchen, das Kennenlernen der Kulturroute etc. Dadurch entstand ein Gefühl der Zugehörigkeit und eine Vertrauensbasis wurde aufgebaut.

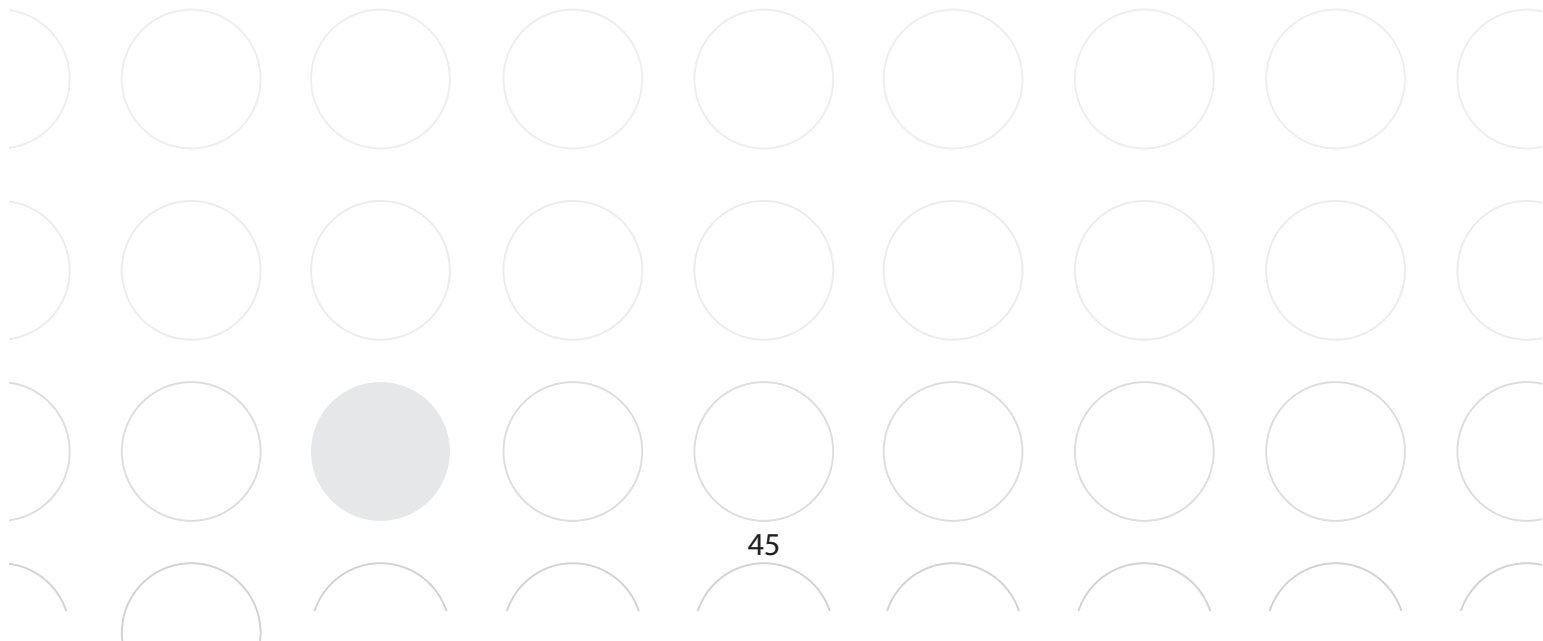
Die Phasen 3 und 4 waren für das zweite Jahr des Projekts angedacht. Zum Teil wurden sie jedoch schon eher erreicht. Hier ging es primär um die Vermittlung von Mit- und Selbstbestimmung und um das Aufzeigen von Partizipationsmöglichkeiten. Durch regelmäßige Gruppentreffen wurden gemeinsam Themen für Seminare und Interessensgebiete festgelegt. Des Weiteren wurden erste Seminare zum Thema Interkulturelles Lernen durchgeführt. Methodisch wurden kulturelle Unterschiede, Bedürfnisse und Prägungen aufgezeigt. Somit kam es zu einem Prozess des interkulturellen Lernens, in dem eine Basis für gegenseitige Toleranz und Akzeptanz jedes/r Einzelnen/r geschaffen wurde. Als wesentliches Ergebnis dieser Bildungsveranstaltung, ist der Abbau der Angst vor dem Fremden zu nennen.

Ebenfalls unabdingbar war und ist zu Teilen immer noch die Veränderung der konzeptionellen Gestaltung innerhalb des Verbandes. Im Bundesjugendwerk der AWO wurde auf der Konferenz 2004 bundesweit ein Antrag vom Bezirksjugendwerk der AWO Niederrhein verabschiedet. Dieser mit der Aufgabe und Zielsetzung eine interkulturelle Öffnung des Verbandes zu schaffen. Der Vorstand des Bezirksjugendwerks Niederrhein hat ebenfalls als Einstieg eine Seminarreihe zum Thema „Russlanddeutscher Jugendlicher“ und der „Historie Russlands“ erhalten.

Mit Beginn des zweiten Projektjahres wurde eine Schulungsreihe für Multiplikator(inn)en gestartet. Themenschwerpunkte waren u. a. Deeskalationstraining, Rhetorikschulungen, politische & historische Seminare. Auch bei diesen Seminarreihen hat interkulturelles Lernen stattgefunden, da diese Seminare sowohl von Teilnehmer(innen) des IMUS Projekts als auch von Ehrenamtler(innen) deutscher Herkunft besucht wurden. Momentan befinden wir uns in den Phasen 5 und 6, welche in den letzten zwölf Monaten umgesetzt werden sollen. In der Phase 5 geht es primär um die Qualifikation zu Multiplikator(inn)en durch weitere Seminareinheiten zu spezifischen Themen, wie z. B. den Erwerb der Jugendgruppenleiter(innen)card, der Ausbildung zum/r spielpädagogischen/ erlebnispädagogischen Betreuer(in). Dieses geschieht ebenfalls durch eine gezielte Anleitung der Fachkräfte. In der letzten Phase geht es um die Übernahme politischer Verantwortung und um das ehrenamtliche Engagement der Teilnehmer(innen). Auch das wurde vereinzelt schon erreicht. Einige Teilnehmer(innen) haben schon an der Gremienarbeit des Verbandes partizipiert, z. B. nahmen sie an Konferenzen als Delegierte teil. Weitere arbeiten seit einigen Monaten aktiv in verschiedenen Arbeitskreisen mit. Sie beteiligen sich auch an weiteren verbandlichen Aktivitäten und Veranstaltungen.

Im September dieses Jahres fand eine Kinderrepublik statt, die hauptverantwortlich von Teilnehmer(inne)n des IMUS Projekts vor- und nachbereitet sowie durchgeführt wurde. Die Identifikation mit dem Verband findet somit statt.

Durch die Multiplikator(inn)enfortbildungen und durch individuelles Interesse der Teilnehmer(innen) hat sich eine Kerngruppe von 25 Multiplikator(inn)en gebildet. Die Ressourcen der Teilnehmer(innen) des IMUS Projekts können und werden weiterhin sinnvoll genutzt. Zudem erwähnenswert ist, dass das Jugendwerk den Teilnehmer(innen) einen Raum der Partizipation an gesellschaftlichen Interessen und politischen Entscheidungsmöglichkeiten geboten hat und weiterhin bieten wird.



Bericht Arbeitsgruppe 2

Im Projekt IMUS des Bezirksjugendwerks der AWO Niederrhein handelt es sich um einen sozialraumorientierten Ansatz eines Jugendverbandes, um einen Zugang zu Jugendlichen aus Zuwandererfamilien zu erhalten. Zur aktiven und kontinuierlichen Einbindung von jungen Migrant(inn)en in die Jugendverbandsarbeit hat das Bezirksjugendwerk einen Qualifizierungsansatz gewählt. Das Projekt IMUS veranschaulicht wie eine gelingende Kooperation zwischen Jugendverbänden und Offenen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit aussehen - und wie Potenziale und Ressourcen von jungen Migrant(inn)en durch Fortbildungsangebote gefördert, unterstützt und an die verbandliche Jugendarbeit herangeführt werden können. Die vom Verband organisierten Weiterbildungsangebote leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration von jungen Migrant(inn)en in die verbandlichen Strukturen.

Um solche Prozesse und Projekte anzugehen, wird die interkulturelle Öffnung der Jugendverbände als wichtige Voraussetzung angesehen, die jedoch eine besondere Herausforderung an Jugendverbände darstellt. Folgende Aspekte wurden in der Arbeitsgruppe als mögliche Herausforderungen genannt:

- Diffuse Ängste um den Verlust bestimmter Werthaltungen in Jugendverbänden gehen damit oftmals einher
- Welche Rolle nimmt die Werthaltung/das Selbstverständnis von Jugendverbänden im Kontext interkultureller Öffnung damit ein?
- Mitgliedergewinnung und demographischer Wandel sollten Jugendverbände als Argumente für die interkulturelle Öffnung hinterfragen (Jugendliche aus Zuwandererfamilien könnten sich als Lückenbüßer empfinden)
- Die Jugendverbandsarbeit hat in den Herkunftsländern von Migrant(inn)en oftmals kein entsprechendes Pendant;
 - damit greifen tradierte Zugangswege zu Jugendlichen nicht mehr. D.h. es müssen neue Zugangswege von Jugendverbänden erprobt und initiiert werden
 - die Jugendverbandsarbeit mit ihren vielfältigen Angeboten und Möglichkeiten ist in der Migrantenszene unbekannt, d.h. die verbandliche Jugendarbeit muss bei Migrant(inn)en, deren Selbstorganisationen und vor allem Eltern von jungen Migrant(inn)en bekannt und beworben werden
- Aufsuchenden Arbeit hat eine zentrale Bedeutung zur Gewinnung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- Zentrale Bedeutung der Beziehungsarbeit zur Gewinnung und langfristigen Einbindung von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien in die verbandliche Jugendarbeit, damit einher geht die interkulturelle und pädagogische Kompetenz von Mitarbeiter(inne)n in Jugendverbänden sowie eine intensive Elternarbeit (Aufbau von Vertrauen zu den Einrichtungen und Mitarbeiter(inne)n von Jugendverbänden)
- Jugendverbandsarbeit muss sich von innen verändern, d.h. Jugendliche aus Zuwandererfamilien als Akteure/Funktionsträger(innen) in verbandlichen Strukturen können Jugendverbandsarbeit von innen heraus verändern

- Das Konzept der Mitgliedschaft (Mitgliedsbeiträge, verbindliche Teilnahmeerklärungen, schriftliche Anmeldeverfahren) schrecken eher ab; die Jugendlichen haben Angst sichtbar zu werden und sich auf Anhieb langfristig an den Verband zu binden. D.h. es müssten neue Formen der Mitgliedschaft eingerichtet und erprobt werden

Die genannten Herausforderungen zeigen auf, wie Jugendverbänden neue Arbeits- und Zugangsformen im Kontext interkultureller Öffnung abverlangt werden. Sind die Jugendverbände überhaupt in der Lage diese Anforderungen zu erfüllen oder braucht es eine Professionalisierung der Jugendverbandsarbeit, um diesen Anforderungen gerecht zu werden? Die Arbeitsgruppe hat Grenzen und Rahmenbedingungen für die interkulturelle Öffnung der Jugendverbände am Beispiel des IMUS-Projektes des Bezirksjugendwerks der AWO Niederrhein formuliert:

- Solch qualifizierte Arbeit bedarf der Hauptamtlichkeit und kann von Ehrenamtlichen nur begrenzt und bedingt geleistet werden
- Es bedarf einer interkulturellen und pädagogischen Kompetenz von hauptamtlichen Mitarbeiter(inne)n
- Bei Mitarbeiter(inne)n mit Migrationshintergrund kann die biographische Komponente beim Zugang zu Jugendlichen aus Zuwandererfamilien eine wichtige Funktion einnehmen; Fremdheits- und Rassismuserfahrungen können einen gemeinsamen Bezugsrahmen bilden und sich förderlich auf Beziehungsarbeit auswirken (Z.B. Aufbau von Vertrauen, sich verstanden fühlen, Aufbau eines Zugehörigkeitsgefühls)
- Teams aus Personen mit und ohne Migrationshintergrund bewähren sich im Zugang zu Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Herausforderungen in Bezug auf Jugendliche aus Zuwandererfamilien wurden ebenfalls benannt:

- Angst, gefühlter Gaststatus und mangelndes Zugehörigkeitsgefühl
- Kultureller Hintergrund, Grad der Autonomie der Jugendlichen im familiären Kontext muss von Mitarbeiter(inne)n bedacht werden
- Ein muslimischer Hintergrund kann spezielle Hürden bergen; die Definition von Geschlechterrollen sollte daher beachtet werden
- Eine Unterscheidung zwischen Jugendlichen mit eigener Migrationserfahrung und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien sollte berücksichtigt werden
 - Eine eigene Migrationserfahrung kann zusätzliche Herausforderungen an Jugendliche beinhalten (Sprachdefizite im Deutschen, Unsicherheit in neuer Gesellschaft, neuem Umfeld, Neuorientierung etc.)
- Welche Rolle spielt die Auseinandersetzung mit der Herkunftskultur für die Identitätsbildung Jugendlicher aus Zuwandererfamilien? Welche Gemeinsamkeiten haben deutsche und nichtdeutsche Jugendliche?

Bestimmte Fragestellungen konnten abschließend nicht geklärt werden, insbesondere der Zusammenhang zwischen Herkunftskultur und Identitätsbildung von jungen Migrant(inn)en. Jedoch konnten in der Arbeitsgruppe Grenzen und Herausforderungen der interkulturellen Öffnung von Jugendverbänden benannt, Lösungsansätze und Rahmenbedingungen dargestellt werden. Eine besondere Herausforderung im IMUS Projekt bezog sich u.a. auf die Frage, wie eine Gruppe von Jugendlichen, die nichts als Verschiedenheit gemeinsam haben, zu einer Gruppe zusammenwachsen konnte. Der Ansatz Integration durch Qualifikation ist sicherlich als ein Erfolgsfaktor für das Zusammenwachsen der Gruppe anzusehen. Die Teilnahme an gemeinsamen Fortbildungs- und Freizeitaktivitäten, die Erarbeitung von gemeinsamen Themen und Inhalten können das Gemeinschaftsgefühl von Jugendlichen fördern und zu einem Zusammenhalt einer Gruppe führen. Für die interkulturelle Öffnung der Jugendverbände wurde in der Arbeitsgruppe ein Definitionsversuch unternommen: Alle Produkte eines Jugendverbandes sollten auf mögliche Barrieren hin überprüft werden, wie Satzungen, Ausschreibungen, Reflexion der eigenen Arbeitspraxis, Selbstverständnis bis hin zu Konzeptionen von Bildungshäusern.

Arbeitsgruppe 3

Interkulturelle Öffnung von Jugendringen und Jugendverbänden – Reflexion der Handlungspraxis vor Ort

Referentin: Meral Sağdıç, Bildungsreferentin und interkulturelle Trainerin, Baden-Württemberg

Interkulturelle Öffnung von Jugendverbänden und Jugendringen Tipps und Anregungen für die Handlungspraxis vor Ort

Die gesetzlichen Grundlagen für die interkulturelle Öffnung der Jugendhilfe, auch in Jugendverbänden und Jugendringen, sind im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) bereits vorhanden. Im § 9 KJHG wird u. a. gefordert, „die jeweiligen besonderen sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Eigenarten junger Menschen und ihrer Familien zu berücksichtigen“, was übertragen auf Menschen mit Migrationshintergrund bedeutet, die Unterschiede in ihren Lebensentwürfen als selbstverständlich anzuerkennen und sie zum Zwecke der Jugendhilfe optimal zu nutzen (Meral Sağdıç 2006, S. 8).

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre hinsichtlich den Defiziten im Bereich der Bildungs- und Beteiligungschancen junger Migrantinnen und Migranten zeigen, dass auch die Jugendverbände und ihre Dachorganisationen mehr als bisher aufgefordert sind, dem Rechnung zu tragen und ihren Beitrag dazu zu leisten. Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund den Zugang zur verbandlichen Jugendarbeit und ihren Angeboten zu öffnen und der Segregation in diesem Bereich entgegen zu wirken.

Welche Prämissen und Voraussetzungen braucht die interkulturelle Öffnung von Jugendverbänden und Jugendringen?

Neben der grundlegenden Bereitschaft und Einsicht, den Auswirkungen von Globalisierung und Migration auch im Feld der verbandlichen Jugendarbeit Rechnung zu tragen, sollte die interkulturelle Öffnung als ein ganzheitlicher und dynamischer Prozess verstanden und als solcher aufgegriffen werden.

Die politische Auseinandersetzung und die öffentliche Positionierung zu Vielfalt und Interkulturalität in allen das Handlungsfeld der verbandlichen Jugendarbeit betreffenden Strukturen, sind ein erster Schritt, Öffnungsprozesse in Gang zu setzen und einen Diskurs über die erforderlichen Konsequenzen zu führen.

Dabei sollten unterschiedliche Bedürfnisse, Standpunkte und Meinungen aller Beteiligten als eine Chance gesehen werden, Ungleichheitsverhältnisse, Ängste und potentielle Widerstände offen zu legen und den Austausch auf gleicher Augenhöhe zu

fördern. Ein Hauptanliegen von interkultureller Öffnung ist, Grundlagen und Bedingungen zu schaffen, in denen alle Zielgruppen, die gleichen Ausgangsvoraussetzungen für eine gemeinsam gestaltete Zukunft haben. Interkulturelle Öffnung ist nicht nur ein Zugeständnis für Menschen mit Migrationshintergrund, sie muss auch darauf ausgerichtet sein, die Zielgruppe der einheimischen Mehrheit mit einzubeziehen.

Um Worte und Bekenntnisse zu Interkulturalität in „die Zustände verändernde Taten“ umzusetzen, sind verbindliche Schritte und Maßnahmen erforderlich. Eine Analyse der Gegebenheiten im Verband und in den Strukturen vor Ort ist in der Regel sehr hilfreich, Defizite und Konzentrationen bezogen auf Besucherinnen und Besuchern von Angeboten, Besetzung von haupt- und ehrenamtlichen Schlüsselpositionen, Verteilung von Ressourcen, zu identifizieren und Handlungsorientierung für die Praxis abzuleiten. Hierzu eignet sich in hervorragender Weise auch der Selbstcheck zur interkulturellen Öffnung des Landesjugendrings NRW (LJR NRW). Sinnvoll ist auch, sich über die Wirkungsfaktoren von unterschiedlichen Kräften intern und extern im Klaren zu werden, die die interkulturelle Öffnung fördern bzw. in negativer Weise beeinträchtigen können.

Bei Einigkeit über die Ziele der interkulturellen Öffnung, was künftig sich im Bezug auf die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten und ihrer Selbstorganisationen im Verband oder im Jugendring verändern soll, gilt es diese Optionen in Leitlinien, Leitbildern sowie in Konzeptionen zu verankern. Auf der operativen Ebene können die Ziele dann in die Ausgestaltung von Programmen und Angeboten integriert und zur Realisierung in der Praxis übergeleitet werden.

Die Ansiedelung interkultureller Aufgaben im Bereich der haupt- und ehrenamtlichen Führungsstrukturen im Verband und die Bereitstellung von Ressourcen (Personal, Finanzen, materielle Ausstattung) sind weitere Voraussetzungen zur konsequenten Verwirklichung von Öffnungs- und Veränderungsschritten.

Keine gezielte und nachhaltige Veränderung ohne Controlling

Umsetzungsschritte zur interkulturellen Öffnung, sei es auf der politischen, strukturellen oder auf der Angebotsebene, sollten regelmäßig darauf hin überprüft werden, ob sie den vorgenommenen Zielen und weiterhin den Bedürfnissen der beteiligten Personen und denen des Jugendverbandes bzw. -ringes entsprechen; welche Anforderungen im weiteren Schritt erforderlich sind und welche Korrekturen gegebenenfalls vorgenommen werden müssen. Das Controlling sollte im Öffnungsprozess offiziell verankert, allen Beteiligten transparent sein und mit allen kommuniziert werden. Nur so ist gewährleistet, dass in einem kommunikativen und dynamischen Prozess, Betroffene zu Beteiligten werden und die Veränderungen der interkulturellen Öffnung und Orientierung als ihre eigene Handlungsoption mittragen und mitgestalten.

Übersicht über Empfehlungen und Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung

Politisch – strategische Ebene

- Politische Positionierung zu interkulturellen und migrationspolitischen Themen
- Entwickeln und Veröffentlichen interkultureller Leitlinien
- Verbandsinterne und externe Öffentlichkeitsarbeit zur interkulturellen Öffnung und Orientierung
- Netzwerkarbeit mit örtlichen migrationsrelevanten (jugend-) politischen Strukturen
- Controlling zur regelmäßigen Überprüfung der interkulturellen Öffnung (möglich sind: Internes Kontrollgremium/ Externes Kontrollgremium/ 1 x im Jahr Bericht erstatten und sich der Diskussion stellen/Qualitätszirkel)

Strukturelle und personelle Ebene

- Interkulturelle Öffnung ist Führungsthema
- Überprüfung und Änderung der Satzung bei Jugendringen für die Aufnahme von Migrantenorganisationen
- Interkulturelle Öffnung ist obligatorisches Thema auf Mitgliederversammlungen
- „Kümmerer“ im Vorstand und im hauptamtlichen Bereich für interkulturelle Themen sind vorhanden
- Besetzung des Vorstandes mit Migrantinnen und Migranten
- Nachwuchsförderung gezielt im Migrationsbereich

Praxis- und Angebotsebene

- Durchführung von Pilotprojekten zur interkulturellen Öffnung
- Interkulturelle Qualifizierung der Haupt- und Ehrenamtlichen im Verband/ im Jugendring
- Qualifizierung von Jugendleiterinnen und Jugendleitern aus dem Migrationsbereich zum Thema Jugendarbeit
- Baustein interkulturelle Kompetenz in der JuleiCa- Ausbildung
- Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an der Angebotsgestaltung
- Schaffung von Räumen für den interkulturellen Austausch und Zusammenarbeit
- Kooperation mit Verbänden und Einrichtungen von Migrantinnen und Migranten

Ziel- und Qualitätskriterien für eine interkulturelle Arbeit in Jugendverbänden/ Jugendeinrichtungen (im offenen Angebotsbereich)

Konzeptionelle Ebene

- Interkulturelle Arbeit ist fester Bestandteil des Jugendverbandes/ der Jugendeinrichtung.
- Zielkriterien für die Umsetzung der interkulturellen Arbeit sind festgelegt.

- Interkulturelle Arbeit hat alle Jugendlichen (mit und ohne Migrationshintergrund) als Zielgruppe im Visier.
- Interkulturelle Orientierung der Jugendeinrichtung/ des Jugendverbandes spiegelt sich im Programm, in Projekten, in der räumlichen Gestaltung und Ausstattung (z.B. Musik, Hinweistafeln in der jeweiligen Schrift und Sprache der Besucherinnen und Besucher mit Migrationshintergrund etc.) wider.
- Die interkulturelle Arbeit (hinsichtlich der Besucher(innen)struktur, Teilnahme an Programmen und Projekten, Kommunikation der verschiedenen Nationalitäten, (Jugend-)Kulturen, Religionen, Geschlechter miteinander und Kommunikationsverhalten zu Mitarbeitenden) wird regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt.
- Interkulturelle Arbeit ist als Querschnittsaufgabe in alle Bereiche der Jugendeinrichtung/ des Jugendverbandes integriert.

Zielgruppenebene

- Das Zusammenkommen von Jugendlichen unterschiedlicher kultureller und religiöser Identität in Jugendangeboten ist für alle eine Selbstverständlichkeit.
- Jugendliche mit Migrationshintergrund kommen entsprechend ihres Anteils im Sozialraum gerne in die Jugendeinrichtung und nehmen die Angebote wahr.
- Einheimische Jugendliche kommen entsprechend ihres Anteils im Sozialraum gerne in die Jugendeinrichtung und nehmen die Angebote wahr.
- Es gibt Angebote und Aktivitäten, die von einheimischen Jugendlichen und von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gemeinsam angenommen werden.
- Das Zusammenleben und die Kommunikation in der Jugendeinrichtung wird durch ein moderiertes Beteiligungstreffen der Jugendlichen reflektiert, bei dem alle (einheimische Jugendliche, Jugendliche mit Migrationshintergrund, Mädchen und Jungen) ihre Anliegen und Wünsche einbringen können und gemeinsame Absprachen (z.B. faire Kommunikation, gleichberechtigtes Nutzen etc.) ausgehandelt werden.

Personelle Ebene

- Die haupt- bzw. ehrenamtlichen Mitarbeitenden sind interkulturell geschult und reflektieren ihr pädagogisches bzw. verbandsspezifisches Handeln hinsichtlich interkultureller und migrationsspezifischer Aufgaben und Anforderungen im Jugendverband/ in der Jugendeinrichtung.
- Die Mitarbeitenden gehen mit interkulturellen Konflikten souverän um und fühlen sich in ihrem pädagogischen bzw. verbandsspezifischen Handeln sicher.
- In der Jugendeinrichtung/ im Jugendverband sind haupt- bzw. ehrenamtliche Mitarbeitende mit Migrationshintergrund im Angebotsbereich tätig.

Elemente eines Bausteins zur interkulturellen Kompetenz im Rahmen der JuLeiCa-Schulung (Meral Sağdıç, 2007)

1. Auseinandersetzung mit dem Begriff „Kultur“ und die „Kulturgebundenheit des Menschen“

- Erfahrbar machen der eigenen kulturellen Prägung durch Übungen
- Sammlung der Bandbreite an Bereichen, die einen Menschen kulturell prägen
- Erläuterung Kulturbegriff/ Kulturdefinition
- Erläutern der Dynamik, der Vielschichtigkeit und der Veränderbarkeit der kulturellen Prägung
- Klärung der Gefahren von kulturellen Zuschreibungen, Stereotypen, Vorurteilen
- Reflexion von persönlichen Erfahrungen

2. Einführung zum Thema „Kommunikation“ und ihrer Wirkung in zwischenmenschlichen Beziehungen

- Sichtbar machen der Wirkung von verbaler und nonverbaler Kommunikation durch Übung(en) und Transfer in den interkulturellen Alltag
- Theorieinput zu Kommunikation, Vorstellung von Kommunikationsmodellen
- Erläutern des Zusammenhanges von Kommunikation und Kulturdimensionen
- Reflexion von eigenen Erfahrungen

3. Einführung in interkulturelle Kompetenz

- Vorstellung der Aspekte vom interkulturellen Lernen (kognitive Ebene, emotionale Ebene, Handlungsebene)
- Vorstellung von Definitionen und Modellen zur interkulturellen Kompetenz (je nach Zielgruppe)
- Reflexion der eigenen interkulturellen Kompetenz oder die der Gruppe durch Übung(en)
- Reflexion der Anforderungen an interkultureller Kompetenz in der Jugendarbeit

4. Weitere Themen zur interkulturellen Kompetenz in der JuLeiCa- Schulung

- Reflexion der Migrationserfahrung in der eigenen Biographie (Herkunft Eltern, Großeltern)
- Migration und ihre Anforderungen an die Jugendarbeit
- Interkulturelle Öffnung von Verbandsstrukturen und Angeboten
- Vorurteile, Rassismus, Diskriminierung, Antidiskriminierung
- Interkulturelle Konflikte und Lösungsmodelle
- Interreligiöser Dialog

Quellen:

Meral Sağdıç (2006): Interkulturelle Öffnung der Jugendhilfe und Jugendarbeit in Reutlingen. In: Stadtjugendring Reutlingen (Hg.): Jugendarbeit in Reutlingen, S. 8.

Landesjugendring NRW: Interkultureller Selbstcheck (ISC). Ein Instrument zur Selbstreflexion der Jugendverbände im Rahmen der interkulturellen Öffnung der Jugendverbände in NRW

Meral Sağdıç: TN – Unterlagen zur Fortbildung „Interkulturelle Kompetenz – Wie kommt sie in euer Konzept der Juleica? Schulung am 24.07.07 des Landesjugendrings Baden-Württemberg

Bericht Arbeitsgruppe 3

Frau Sağdıç hat eine detaillierte Übersicht über die notwendig zu beachtenden Ebenen interkultureller Öffnung in der verbandlichen Jugendarbeit bzw. der Jugendarbeit gegeben. Mit der interkulturellen Öffnung der verbandlichen Jugendarbeit soll das Kinder- und Jugendhilfegesetz umgesetzt werden. Damit verbunden ist die Zielsetzung:

1. Bildungs- und Beteiligungschancen bei migrantischen Jugendlichen zu fördern.
2. Junge Migrantinnen und Migranten als selbstbewusste und selbstbestimmte Bürgerinnen und Bürger von Morgen zu gewinnen.

Zunächst wurde in der Arbeitsgruppe der Stand der interkulturellen Öffnung der Kinder- und Jugendhilfe erarbeitet und deren Einflussfaktoren beleuchtet.

Eine Analyse der Beteiligten verdeutlichte die unterschiedliche Verteilung junger Migrantinnen und Migranten in deren Einrichtungen. Als Ursachen wurden von den Teilnehmer(inne)n die regionale Verteilung von Migrantinnen und Migranten (ländliche – städtische Verteilung – Stadtteile mit hohem und geringem Anteil von Migrantinnen und Migranten), die Angebotsstruktur der Einrichtungen (offene Kinder- und Jugendarbeit, verbandliche Jugendarbeit), die Mitarbeiterebene sowie die Tendenz von Jugendlichen, sich lediglich punktuell auf Angebote festlegen zu wollen, benannt. In einem zweiten Schritt wurden fördernde und hemmende Faktoren zur interkulturellen Öffnung (IKÖ) der Jugendhilfe erarbeitet.

Fördernde Faktoren:

- Persönliche Erfahrungen
- Personen, die als Brücke zwischen Deutschen und Migrant(inn)en fungieren
- Netzbildung der Träger/Einrichtungen/Verbände mit kommunalen Akteuren aus der Migrantenszene
- Hauptamtliche Mitarbeiter(innen) mit Migrationshintergrund
- Demographischer Wandel – Zunahme der Migrantinnenbevölkerung
- Kontakt zur Klientel/Jugendlichen im Stadtteil
- Sprachkenntnisse der hauptamtlichen Mitarbeiter(innen)
- Information der Träger/Einrichtungen/Verbände über die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien
- Politische Willensbekundung zur Integration von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien
- Interkulturelle Kompetenz von Mitarbeiter(inne)n
- Verbindlichkeit
- Interkulturelle Feste
- Bereitschaft der Einrichtungen/Verbände zur IKÖ

Als hemmende Faktoren wurden folgende Aspekte benannt:

- Berührungängste
- Fehlende Transparenz der vorhandenen Trägerstrukturen

- Fehlende Informationen/finanzielle Ressourcen/personelle Ausstattung der Jugendverbände/Jugendringe
- Ressourcenteilung/Umverteilung
- Unkenntnis von Mitarbeiter(inne)n über Migranten(gruppen) Lebenslagen von Kindern- und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien
- Mangelnde interkulturelle Kompetenz von Mitarbeiter(inne)n in den Einrichtungen/Jugendverbänden
- Geringe Bereitschaft von Trägern/Einrichtungen/Verbänden zur IKÖ

Mit einem Hinweis auf die aktuell günstige Ausrichtung der Politik zur Integration von Migrantinnen und Migranten sowie von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien und der damit verbundenen positiven Förderung von interkulturellen Projekten endete die Arbeitsgruppe.

Arbeitsgruppe 4

Interkulturelle Kommunikation

Referent: Bahri Karakuş, Büro für internationale Angelegenheiten

Interkulturelle Kommunikation bezeichnet in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften eine soziale Interaktion von Akteuren aus unterschiedlichen Kulturen. (Diese Akteure können Individuen, soziale Gruppen, Organisationen, Gemeinden, Gesellschaften und Staaten sein.) Die besondere Bedeutung der interkulturellen Kommunikation liegt darin, dass einige Aspekte von Kommunikation höhere Bedeutung haben als bei Kommunikation innerhalb einer Kultur. So können etwa Missverständnisse entstehen durch Ausdrucks-, Darstellungs- und Handlungsweisen wie Lautstärke, Tonfall, Mimik, Gestik, Grad der Höflichkeit und Grad der Freundlichkeit.

Interkulturelle Kommunikation hat durch zunehmende Globalisierung als Teil von dieser eine zunehmende Bedeutung. Zum Verstehen des kulturell anderen sind Überwindungen von Ethnozentrismus notwendig. (aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie)

In der interkulturellen Forschung, wird Kultur verstanden als „die Gesamtheit von Attitüden, Grundsätze, Annahmen, Werte und Wertvorstellungen, Verhaltensnormen und Grundeinstellungen die von einer Gruppe geteilt werden, die das Verhalten der Gruppenmitglieder beeinflussen und mit dessen Hilfe diese das Verhalten anderer interpretieren“ (Spencer-Oatey, 1999).

Da in der Gesamtgesellschaft nicht von einer einheitlichen Kultur gesprochen werden kann, müssen die Gruppen analysiert werden und je nach der Beschaffenheit der Mitglieder entsprechende Ziele gesetzt werden. Menschen gewinnen soziale Rolle und Orientierung, in dem sie sich gesellschaftliche Gruppen zuordnen. Hier ist es wichtig, dass die Erweiterung und Vertiefung der persönlichen kulturellen Sensibilität im Mittelpunkt steht.

Die Realisierung des Kommunikationsverhaltens und des Kommunikationsstils ist kulturell geprägt. In der interkulturellen Kommunikation kann dies durchaus zu Missverständnissen führen. Mit uns Fremd erscheinenden Verhaltensweisen umgehen und diese verstehen zu können, muss eine Sensibilisierung stattfinden. Es muss die Fähigkeit vermittelt werden, verbale und nonverbale Codes zu entschlüsseln sowie missverständliche Kommunikationen in die kulturell richtige Bedeutung in Zusammenhang zu stellen. In erster Linie können hier durch gezielt eingesetzte Kommunikationstraining helfen, die situationsgerechte verbale und nonverbale Begegnungen strategisch zu unterstützen, um eine Verständigung und gelungene Kommunikation zu erfahren. Dies bedeutet im 1. Schritt vor allem die Auseinandersetzung mit dem eigenen kulturellen Selbstbild, eigenen (positiven und negativen) Stereotypen und Vorurteilen und deren persönlicher und gesellschaftlicher Funktion. Diese Sensibilisierung für kulturelle Eigen- und Fremdbilder, die eigenen und fremde handlungsleitende Wertorientie-

rungen sowie mögliche kulturbedingte Konfliktpotentiale wird durch Übungen und Simulationen sowie anschließende Reflexionen ermöglicht.

Hinnenkamp weist dem Begriff „interkulturelle Kommunikation“ einige Merkmale zu, die sehr treffend erscheinen:

- Es gibt unterschiedliche voneinander unterscheidbare Kulturen.
- Kultur und Kommunikation stehen in einem Zusammenhang.
- Kommunikationsteilnehmer(innen) sind immer auch Teilnehmer(innen) bzw. Teilhaber(innen) einer Kultur.
- Kulturelles spiegelt sich in der Kommunikation wider.
- Kulturteilhabe heißt: In einer spezifischen Weise kommunizieren.
- Gemeinsame Kulturteilhabe erleichtert die Kommunikation, unterschiedliche erschwert sie (Hinnenkamp, 1994).

Eine nachhaltige Begegnung in verschiedenen Bereichen der sozialen Gruppen wie z.B. im Bereich der Jugendarbeit, Sport, Tanz und Musik etc. würde den regelmäßigen Abbau von Vorurteilen und Konfliktsituationen sicherstellen.

Zielsetzungen dieser Ansätze können sein:

- Empathie und Einfühlungsvermögen zu entwickeln
- die eigene Entwicklung und Erfahrungen reflektieren
- Bereitschaft für eine offene Begegnung mit anderen Kulturen
- Unterschiede erleben, um diese als Bereicherung zu erfahren
- eigene Wertestandpunkte zu überprüfen, eigene Vorurteile zu erkennen
- Erkennung von Diskriminierung und Vorurteilen und Wahrnehmung aus der Perspektive der Betroffenen

Quellen:

Wikipedia - freie Enzyklopädie

Spencer Oatey 1999 In: Stephan Dahl, *Intercultural skills for business*, 2000, ECE London

Hinnenkamp, Volker (1994): *Interkulturelle Kommunikation – strange attractions*. In: *Zs. für Literaturwissenschaft und Linguistik LiLi* 93, S.46-74

Bericht Arbeitsgruppe 4

Nach einer theoretischen Einführung hat sich die Arbeitsgruppe mit interkultureller Kommunikation und ihrer Wirkung in zwischenmenschlichen Beziehungen befasst. Als Thematischer Einstieg wurden eine Auseinandersetzung mit dem Begriff „Kultur“ und die „Kulturgebundenheit des Menschen“ in kommunikativen Zusammenhängen gewählt. In Übungen haben sich die Teilnehmer(innen) nach der Methode des brain writings mit verbaler und nonverbaler Kommunikation auseinandergesetzt. Ziel dieser Methode ist, einen intensiven Austausch und Diskussionsprozess zu interkultureller Kommunikation und ihren jeweiligen Dimensionen innerhalb der Gruppen herzustellen und praktisch erfahrbar zu machen. Zum anderen dient diese Methode dazu, das Wissen der Teilnehmer(innen) abzubilden sowie ihre Ideen und Impulse zu interkultureller Kommunikation zusammenzutragen. Die Teilnehmer(innen) teilen sich hierzu in drei Gruppen auf und erhalten jeweils gleiche Arbeitsaufträge, zu dessen Bearbeitung in diesem Fall den Gruppen je ca. 10 Minuten zur Verfügung gestellt wurden. Die Ergebnisse werden auf bereitgestellten Plakaten schriftlich fixiert. Im Anschluss wechseln die Gruppen zu den benachbarten Plakaten, die sie mit eigenen Beiträgen ergänzen. Nach weiteren 10 Minuten wird wieder gewechselt, so dass jede Gruppe an jedem Plakat gearbeitet und um eigene Beiträge erweitert hat. Zum Abschluss wurden die Ergebnisse im Plenum vorgestellt und diskutiert.

Die Aufgaben haben zum Ziel:

- a) erfolgreiche Kommunikationsstrategien zu entwickeln,
- b) Hindernisse in Kommunikationszusammenhängen sowie Lösungsansätze zu formulieren,
- c) zu schildern, wie vom normale Verhaltensmuster abgewichen werden kann.

Folgende Aspekte haben die Gruppen bearbeitet:

- a) Welche Hindernisse/Hemmnisse können in Kommunikationszusammenhängen auftreten und welche Ursachen können diese haben?
- b) Was mache ich bei großen Sprachbarrieren?
- c) Wie kommuniziere ich erfolgreich nonverbal?
- d) Wie kommuniziere ich meine Grenzen?
- e) Kultureller Unterschied oder persönliche Abgrenzung/Identität?

Die Ergebnisse der Teilnehmer(innen) sollen kurz dargestellt werden:

Plakat 1: Welche Hindernisse/Hemmnisse können in Kommunikationszusammenhängen auftreten und welche Ursachen können diese haben?

- Vorurteile hat jeder, man sollte sie sich bewusst machen und mit deren Ursachen auseinandersetzen (Funktion von Vorurteilen, Klärung der Gefahren von kulturellen Zuschreibungen und Stereotypen)

- Vorurteile entstehen durch fehlende kulturspezifische Informationen
- Es gibt Menschen, die anderen Personen „ihre“ Kultur aufzwingen wollen (Machtdimension von Kultur)
- Sprache alleine ist keine Kommunikation (Mehrdimensionalität von Kommunikation)
- Das Auftreten und Wirken einer Person ist bereits Kommunikation
- „Verschiedenheit“ wird oftmals als Problem angesehen (Diversität – Kulturdimension von Kommunikation – Kulturelle Prägung)
- Fremdheit kann Angst erzeugen (Reflexion eigener Erfahrungen)
- Jugendliche suchen eine Orientierung, mit der sie sich identifizieren können.
- Spezielle Gruppen haben spezielle Kommunikationsformen.
- Wir müssen einfach mehr kommunizieren (wollen) und aufeinander zugehen.
- Das Ziel der Kommunikation soll Begegnung und Kontakt sein.

Plakat 2: Was mache ich bei großen Sprachbarrieren?

- Gemeinsamkeiten finden
- Einsatz von Tanz und Musik
- Andere Sprache lernen
- Mögliche Reaktion: sich in kommunikativen Situationen zurück halten. Folge: Ende der Kommunikation?
- Kommunikation mit Gestik und Mimik

Wie kommuniziere ich erfolgreich nonverbal?

- Durch bewusste Auswahl meiner Kleidung
- Gepflegtes Aussehen
- Freundliches und Zuvorkommendes Auftreten
- Durch freundliche Mimik und Gestik

Wie kommuniziere ich meine Grenzen?

- Abwehrhaltung einnehmen
- Ich sage „stopp“ und begründe das
- Mut haben, Schwächen zuzugeben

Plakat 3: Was mache ich bei großen Sprachbarrieren?

- Dolmetscher finden (in Familie / Freundes- oder Verwandtenkreis)
- Alternativen: Plakat / Bilder / Symbole
- Fachvokabular übersetzen
- Nonverbale Kommunikation gezielt und verstärkt einsetzen

Kultureller Unterschied oder persönliche Abgrenzung/Identität?

- Klarheit gewinnen gegenüber eigenen Werten und Bedürfnissen
- Eigene Werte und Bedürfnisse dem Gegenüber bewusst machen
- Selbst „klar“ sein / Kompromisse überlegen
- Mut entwickeln, um Verhandlungen einzugehen
- Interesse an den Hintergründen

- Aufmerksam sein, zuhören mit allen Sinnen
- Eigene Vorstellungen erläutern
- Identitätsmuster auflösen / relativieren / umdeuten.

Zielsetzung der Arbeitsgruppe war das Erfahrbarmachen und die Auseinandersetzung der eigenen kulturellen Prägung durch Übungen und deren Wirkung in kommunikativen Zusammenhängen sowie die Suche nach Lösungsansätzen für schwierige Kommunikationsstrukturen. Zum anderen sollten die verschiedenen Dimensionen der Kommunikation in Übungen veranschaulicht werden. Die Ergebnisse der Übungen wurden zum Abschluss im Plenum vorgestellt und diskutiert.

Arbeitsgruppe 5

Migrantenjugendorganisationen in NRW - Ressourcen und Potentiale

Referent/in: Eleonora Heinze, Deutsche Jugend aus Russland NRW (DJR)
Onur Kodaş, DIDF Jugend NRW

Eleonora Heinze, DJR NRW

Die Deutschen aus Russland gehören zahlenmäßig zu der größten Migrant(inn)engruppe in Deutschland. Zurzeit leben in Deutschland über 4 Mio. deutsche Bürger mit einem so genannten russlanddeutschen kulturellen Hintergrund. Davon sind 1,75 Mio. (44%) zwischen 6 und 27 Jahre alt. Die Mehrheit dieser jungen Leute wird durch die Konzeptionen und Angebote der allgemeinen Jugendarbeit nicht erreicht.

Aus diesem Grund entstand im Jahr 1999 ein Jugendverband der Deutschen aus Russland. Heute zählt er bundesweit über 12.000 Mitglieder in 54 Ortsgruppen. Die DJR e.V. ist ein überparteilicher und überkonfessioneller Jugendverband. Große Landesgruppen bestehen bereits in Baden-Württemberg, Hessen, Berlin und Nordrhein-Westfalen. Die Gründung weiterer Gruppen ist geplant.

„Wir wollen, dass die Jugendlichen aus der ehemaligen Sowjetunion ihren festen Platz im beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Leben Deutschlands einnehmen“, sagte Jürgen Arnhold, der neugewählte erste Vorsitzende der Landesgruppe NRW der DJR. „Die Integration erzielen wir vor allem durch Förderung der Eigeninitiative junger Leute sowie Stärkung ihrer Identität und Persönlichkeit. Durch die Vernetzung mit anderen Vereinen und Institutionen sowie durch den Beitritt zum Landesjugendring NRW werden wir viel mehr Jugendliche erreichen und ihnen bei der Integration helfen können“, so Arnhold.

Die DJR wächst von Jahr zu Jahr nicht nur zahlenmäßig, sondern auch qualitativ. Allein die Landesgruppe Hessen bildet jedes Jahr in JuleiCa - Seminaren über 25 neue Jugendgruppenleiter(innen) aus. Der Verein ist Mitglied zahlreicher Stadtjugendringe, des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit und tritt als Kooperationspartner des Internationalen Bundes sowie der Arbeiterwohlfahrt auf. Somit ist die Mitwirkung der DJR in der Eingliederung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in die bundesrepublikanische Gesellschaft enorm.

Alle Angebote des Vereins stellen eine Art „Hilfe zur Selbsthilfe“ dar. Die Arbeit wird ausschließlich von ehrenamtlichen Helfer(inne)n geleistet, die in der Regel nicht älter als 25 Jahre sind. Dabei organisieren sie selbstständig diverse Veranstaltungen wie Begegnungsabende, Informations- und Orientierungsseminare, bieten Sporttrainings an und engagieren sich im kulturellen und politischen Bereich.

Die geschilderten Freizeitangebote erreichen nicht nur Jugendliche mit einem Migrationshintergrund sondern auch die einheimischen jungen Leute. Dies bestätigt die

Tatsache, dass in Baden-Württemberg über 40% der DJR Mitglieder keine Russlanddeutschen sind. Die DJR beschäftigt sich zudem mit sozial schwachen Jugendlichen. Diese werden in vielen Projekten aufgefangen und intensiv in die Jugendarbeit eingebunden. Somit bekommen die jungen Russlanddeutschen das Gefühl, gebraucht zu werden und können sich dadurch als wertvolle Mitglieder der bundesrepublikanischen Gesellschaft identifizieren.

Gleichzeitig ist bei den jugendlichen Migrant(inn)en ein starker Wunsch nach Räumen vorhanden, in denen eigene Interessen verwirklicht, demokratische Spielregeln gelernt und Verantwortung übernommen werden können. Allerdings werden sie des Öfteren nicht zur Verfügung gestellt. Außerdem mangelt es an Professionalisierung sowie Hauptamtlichkeit in der Jugendverbandsarbeit der Russlanddeutschen. Denn die Freiwilligenbeschäftigung auf ehrenamtlicher Basis kann auf Dauer nicht erfolgreich existieren. Somit ist es bestrebt, eine Koordinationsstelle für die Jugendarbeit mit Russlanddeutschen in NRW zu schaffen. Dabei soll ein vorrangiges Ziel verfolgt werden: In so genannten Schwerpunktregionen mit hohem Aussiedleranteil bzw. großen Integrationsproblemen soll die Eigeninitiative der jungen Deutschen aus Russland bei der Integration gestärkt und gefördert werden.

Onur Kodaş, DIDF-Bundesjugendvorstand

Die Migrantenbevölkerung ist in den vergangenen 50 Jahren unstrittig ein Teil der deutschen Gesellschaft geworden. Obwohl es jahrzehntelang keine Integrationspolitik gab, können wir von einer großen Integrationsleistung sowohl der Zugewanderten als auch der Mehrheitsbevölkerung sprechen. Alle, die von einer gescheiterten Integration sprechen, verkennen die Realität. Unbestritten ist jedoch auch, dass der Status Quo nicht zufriedenstellend ist. Migrantinnen und Migranten sind in der Arbeitswelt, auf dem Ausbildungsmarkt und in der Bildung benachteiligt.

Deshalb besteht ein sehr großer Nachholbedarf in Sachen Integration. Bei der Mammutaufgabe, allen Menschen gleiche Rechte und Teilhabe zu gewähren, kommen der Politik, den sozialen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen zentrale Aufgaben zu. Hier will sich die DIDF-Jugend einbringen.

Grundsätze der DIDF-Jugend

Die DIDF-Jugend ist der Ansicht, dass eine effektive Integration nur erfolgen kann, wenn man sich auf die Gemeinsamkeiten der Menschen besinnt und versucht, diese zu stärken. Sie tritt gegen jede Spaltung in Nationalität, Sprache, Geschlecht und Religion ein. Sie ist überzeugt, dass das Schicksal der Migrantinnen und Migranten eng verzahnt ist mit dem der Gesamtgesellschaft. Deshalb engagiert sie sich gemeinsam mit Gewerkschaften, Schüler(innen)vertretungen, Asten und anderen Jugendverbänden für ein gerechteres Bildungs- und Ausbildungssystem. Zum Beispiel hat die DIDF-Jugend die Unterschriftenkampagne von Landesschülervertretungen für ein „Grundrecht für Ausbildung“ unterstützt, indem ihre Ortsgruppen über 7000 Unterschriften für die Petition sammelten.

Struktur der DIDF-Jugend

Die DIDF-Jugend ist der Jugendverband der Föderation der demokratischen Arbeitervereine e.V. (DIDF). 1996 hat sich die DIDF-Jugend als eigenständiger Bundesverband gegründet. Inzwischen wurden in Baden-Württemberg und NRW zwei Landesverbände gegründet. Die DIDF-Jugend will ihre Strukturen weiter ausdifferenzieren und stärken. Mit ihren Aktivitäten erreicht der Verband mehrere tausend Jugendliche.

„Junge Stimme“

Die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift „Junge Stimme“ ist die Verbandszeitschrift der DIDF-Jugend. Sie ist die älteste deutsch-türkische Jugendzeitschrift des Landes. Die Junge Stimme erreicht eine Auflagenhöhe von 2000 Exemplaren und wird ehrenamtlich von den Mitgliedern des Jugendverbandes publiziert. Inhaltlich richtet sich die Zeitschrift primär an Jugendliche mit türkischem Migrationshintergrund. In einigen Ortsgruppen wie Köln und Siegen existieren Schreibwerkstätten, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, regelmäßig Artikel für die Junge Stimme zu verfassen. Aber auch Nicht-Mitglieder können Beiträge in der Jungen Stimme veröffentlichen. Es kommt der Zeitschrift darauf an, dass Jugendliche sich ausdrücken können, ohne sich verstellen zu müssen.

Aktivitäten der DIDF-Jugend

Sommercamp

Die DIDF-Jugend veranstaltet jährlich Sommercamps, an denen 200-500 Jugendliche teilnehmen. 2008 nahmen über 300 Jugendliche am Sommercamp teil, obwohl Ortsgruppen aus Bayern und Baden-Württemberg wegen der Ferienzeiten nicht teilnehmen konnten. In diesen Jugendbegegnungen geht es nicht nur darum, die Freizeit gemeinsam zu verbringen. Vielmehr verstehen sich die Camps auch als Bildungsveranstaltungen. Deshalb werden Seminare und Arbeitsgruppen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen angeboten. Das Hauptthema des vergangenen Camps war die 68er-Bewegung. Seminare zu Umwelt, Lebensmittelknappheit und zur Frauenbewegung waren ebenso Teil des Camps.

Unterschiedliche Workshops wie Campzeitung, Campradio, Theater, Sport, Kunst sind inzwischen ein unverzichtbarer Teil der Jugendbegegnungen der DIDF-Jugend. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen sich über ihre eigenen Stärken bewusst werden und durch das gemeinsame Arbeiten ein Gefühl für ihre Mitmenschen erhalten. Oftmals unterhalten sich die Jugendlichen bei den Aktivitäten über ihre Sorgen und Ängste in der Schule, auf dem Ausbildungs- und Arbeitsplatz und erkennen, dass sie tatsächlich mehr Gemeinsamkeiten haben und bauen somit Vorurteile ab und ein Kollektivgefühl auf.

Ostercamp für die „Sterne“

Ein Camp mit ähnlichen Inhalten wird seit einigen Jahren für Kinder und Jugendlichen im Alter von 10 bis 14 Jahren veranstaltet. Auch hier ist die Selbstorganisation der Jugendlichen von großer Bedeutung, auch wenn sie nicht in dem Maße umgesetzt werden kann wie auf den Jugendbegegnungen im Sommer. Wichtig ist bei den Ostercamps, dass die Kinder und Jugendlichen als selbständige Persönlichkeiten wahrgenommen werden. Wir trauen den 10- bis 14-Jährigen einiges zu. Selten werden wir enttäuscht.

Jugendkulturfestivals

2008 hat die DIFD-Jugend ein Jugendkulturfestival in Köln veranstaltet, an dem knapp 2000 Jugendliche teilgenommen haben. Der Veranstaltung wurde das Motto „Weder deutscher Rassismus, noch türkischer Nationalismus“ gegeben. Dies ist übrigens ein Motto, das sich durch die gesamte Geschichte der DIFD-Jugend hindurch zieht. Mit diesem jugendpolitischen Kulturfestival haben die Jugendlichen gegen rassistische und nationalistische Einstellungen Flagge gezeigt. Zum anderen dienen die Festivals dazu, bei Jugendlichen Toleranz und demokratisches Verständnis zu fördern und zu unterstützen.

Potenzial

Wie dargelegt hat die DIFD-Jugend eine große Vielfalt an Aktivitäten vorzuweisen. Die Schwerpunkte der Mitgliedsvereine und -gruppen unterscheiden sich teilweise erheblich. Die Stärke der DIFD-Jugend besteht in dem großen Aktivierungspotenzial und dem Einsatz der einzelnen Mitglieder. Die große Dynamik innerhalb des Verbandes ermöglicht es, eine große Zahl von Jugendlichen, die nicht zum aktiven Kern der DIFD-Jugend gehören, zu erreichen. Die Zahl der „erreichten Mitglieder“ ist im Verhältnis zur Zahl der formalen Mitglieder sehr groß.

Die Jugendlichen in der DIFD-Jugend zeichnen sich durch eine besonders große Bereitschaft zu Engagement aus und sind sensibel für Themen wie friedliches Zusammenleben und Gerechtigkeit.

Die DIFD-Jugend steht in der Tradition der Arbeiterbewegung. Deshalb erreicht die sie auffallend viele benachteiligte Jugendliche mit niedrigem formalem Schulabschluss. Diese Tatsache betrachtet die DIFD-Jugend als eine besondere Stärke ihrer Arbeit. Um diese Jugendlichen auch zu Aufgaben in den Vorständen heranzuführen, sind intensive Schulungen und Reflexionen notwendig.

Die DIFD-Jugend erreicht Jugendliche mit Migrationshintergrund, für die Deutschland die Heimat ist und die sich in Deutschland gemeinsam mit Anderen engagieren wollen. Der Verband versteht sich als Teil der deutschen Zivilgesellschaft.

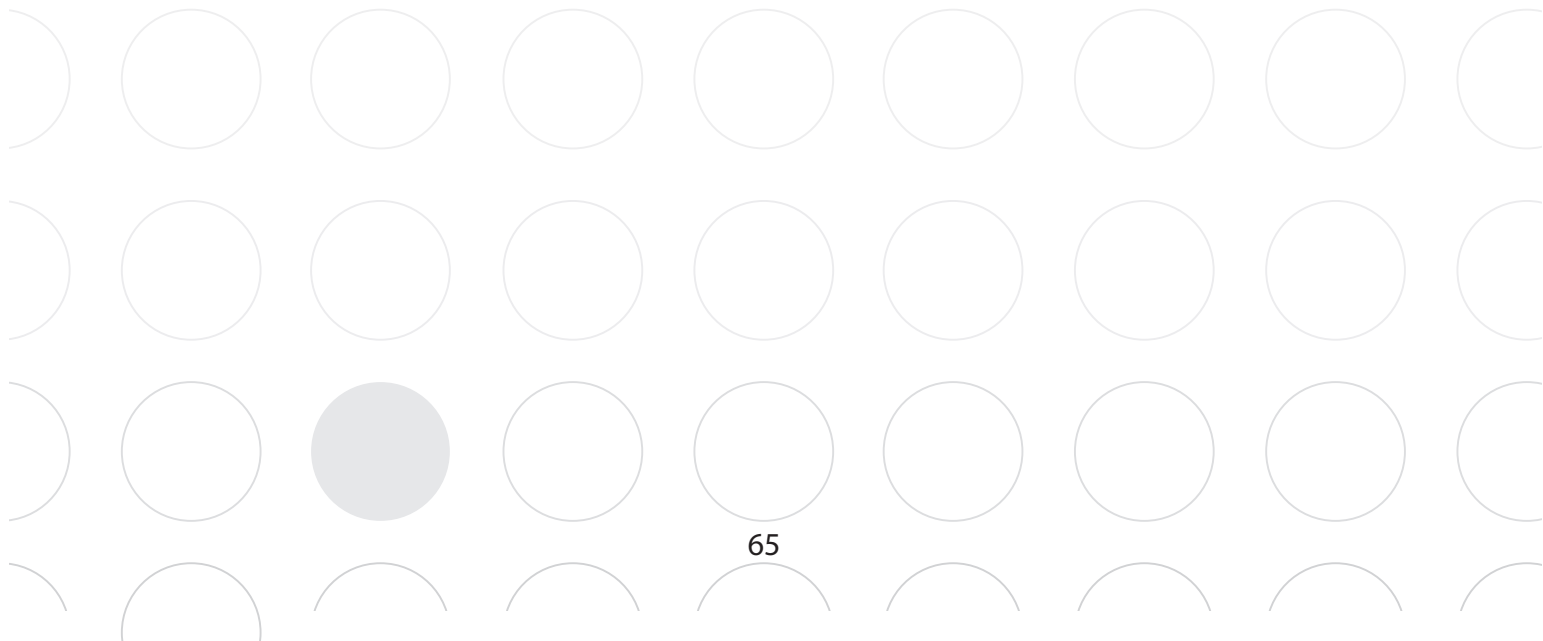
Bedarf

Ein Verband wie die DIFD-Jugend erfordert einen großen Einsatz der Mitglieder, um die Aktivitäten auf dem Level weiterführen und ausbauen zu können. Die DIFD-Ju-

gend steht vor der Herausforderung, möglichst viele der „erreichten Mitglieder“ zu aktivieren und stärker in die Strukturen des Verbandes zu integrieren. Zugleich besteht eine wichtige Aufgabe für die Zukunft darin, die Gruppen zu unterstützen, die noch nicht über feste Strukturen verfügen. Um Synergieeffekte besser nutzen zu können, ist eine verstärkte innerverbandliche Vernetzung wichtig.

Die Schritte Richtung interkultureller Öffnung erfordern eine größere Kontinuität der Arbeiten innerhalb der DIDF-Jugend. Um mit etablierten Jugendverbänden auf Augenhöhe kooperieren zu können, braucht es Investitionen in die Strukturen des Verbandes und eine massive Weiterbildung der Multiplikator(inn)en. Das Fehlen hauptamtlicher Strukturen erschwert das Wachsen und die Festigung des Verbandes.

Die Mitarbeit in Gremien (Jugendringe, IDA, NiJaf, Interkultur on Tour etc.) stellt neue Herausforderungen an den Verband. Denn die Gremienarbeit bindet Ressourcen und Engagement. Neben der Förderung hauptamtlicher Stellen ist die verstärkte Projektförderung wichtig. Der überwiegende Teil der bisherigen Aktivitäten wird ausschließlich mit Eigenmitteln finanziert. Hier gerät der Verband an seine Grenzen.



Bericht Arbeitsgruppe 5

Die Deutsche Jugend aus Russland e.V. NRW war durch Eleonora Heinze, ehrenamtliche Vereinsvorsitzende und Jürgen Arnhold, ehrenamtlicher Vorsitzender der Landesgruppe DJR NRW vertreten.

Zu Beginn des Vortrages wies Frau Heinze darauf hin, dass die DJR nicht nur Menschen mit russischem Migrationshintergrund unterstützt, sondern auch jüdische, türkische und deutsche Jugendliche. Wobei jedoch ca. 95% der Mitglieder aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion kommen, worunter auch Kontingentflüchtlinge vertreten sind. Die Situation der DJR beschreibt Frau Heinze folgendermaßen: eigeninitiativ, ehrenamtlich, verantwortungsbewusst. Das Wissen der russischen Jugendlichen über das politische System in der Bundesrepublik sei jedoch gering, was die Integration dieser in die hiesige Gesellschaft erschwere. Um diese Informationsdefizite bei den Jugendlichen zu beheben, werden Bildungsseminare von der DJR entwickelt und organisiert. Zum anderen wollen sie Jugendleiter(innen)-Schulungen für ihre Mitglieder durchführen, um den Nachwuchs für ihre Jugendverbandsarbeit sicher zu stellen. Hierfür benötigen sie jedoch finanzielle Unterstützung.

Die DJR hat sich am 31.10.1999 gegründet, ihre Mitglieder gewinnt sie hauptsächlich durch Mundpropaganda. Auf kulturellen Veranstaltungen würden neue Mitglieder erreicht, wobei auch Familienbünde als fester Bestandteil bei der Gewinnung größerer Gruppen unterstützen. Zur Größe, Struktur und Anzahl der DJR-Gruppen konnten die Referenten keine Angaben machen, da sie sich gerade im Wiederaufbau ihrer Organisation befinden und erst einmal eine Übersicht über aktive Gruppen herstellen müssen.

Herr Kodaş berichtet von den Aktivitäten der DIDF-Jugend. Im Vordergrund dieser Aktivitäten stehen Begegnung und Förderung von Gemeinsamkeiten bei den Mitgliedern und Teilnehmer(innen) ihrer Veranstaltungen. Die Arbeit der DIDF-Jugend basiert auf ehrenamtlicher Arbeit. Auch Ihnen fehlt es an finanziellen Mitteln um hauptamtliche Strukturen aufzubauen.

Die von ihnen durchgeführten Sommercamps finden jährlich in unterschiedlichen Ländern statt. Neben sportlichen Aktivitäten werden auch Arbeitsgruppen eingerichtet, die thematisch arbeiten wie z.B. „Stark gegen Rechts“. Die Mitgliedergewinnung erfolgt durch Mundpropaganda und Öffentlichkeitsarbeit. Die Nationalität der Mitglieder sei sekundär. Die DIDF-Jugend finanziert sich hauptsächlich durch Sponsoren, Kooperationspartner und die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter(innen). Politisch sei sie unabhängig. Sie sieht sich jedoch in der Tradition der Arbeiterjugendbewegung. Für eine Mitgliedschaft im Landesjugendring NRW hat die DIDF-Jugend bisher nicht genug Mitglieder um die Aufnahmekriterien zu erfüllen. Auf kommunaler Ebene bestehen jedoch Kontakte und z.T. Mitgliedschaften in den Jugendringen.

Schwierigkeiten ergebe sich durch das einhalten bürokratischer Verfahren. Viele Projektanträge der DIDF-Jugend werden durch fehlerhaftes ausfüllen abgelehnt. Unterstützung holt sich die DIDF in solchen Situationen von Experten, an die sich auch andere Migrantenorganisationen wenden. Hier erhalten sie konkrete und praktische Hilfe. Des Weiteren wurde das Fehlen von Räumlichkeiten für kulturelle-, Pädagogische- und Bildungsveranstaltungen für die Vereine vor Ort bemängelt.

Podium

Zivilgesellschaftliche Bedeutung von Vereinen junger Migrant(inn)en

Teilnehmer(innen):

Thomas Kufen, Integrationsbeauftragter der Landesregierung NRW;

Roland Mecklenburg, Vorstand LJR NRW e.V.;

Onur Kodaş, DIDF NRW;

Eleonora Heinze, DJR NRW;

Regine Hammerschmidt, Kinder- und Jugendring Bochum;

Wolfgang Schollmeyer, Jugendring Siegen;

Guido Grüning, Jugendring Wuppertal

Die interkulturelle Öffnung der Jugendringe sowie die zivilgesellschaftliche Bedeutung von Vereinen junger Migrant(inn)en für die hiesige Gesellschaft standen im Mittelpunkt der Podiumsveranstaltung. Thomas Kufen, Integrationsbeauftragter der Landesregierung begrüßt die Initiative des Landesjugendringes NRW zur gleichberechtigten Partizipation und Mitbestimmung von Migrantinnen und Migranten in den jugendverbandlichen Strukturen. Migrantinnen und Migranten prägen heute schon das Bild der Städte. Ihre Gesellungsform in Selbstorganisierten Strukturen ist ein Ausdruck ihrer Ressourcen und Potentiale für die eigenen und die Belange ihrer Altersgruppe ehrenamtlich einzutreten. Roland Mecklenburg, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Landesjugendringes NRW, sieht in der interkulturellen Öffnung der Jugendringe und Jugendverbände in NRW und der Einbindung von jungen Migrantinnen und Migranten einen wichtigen Schritt, hin zu einem kulturell pluralen Verbandsleben und einer politischen und sozialen Gleichberechtigung von jungen Menschen aus Zuwandererfamilien. Mit den Projektpartnern, den Jugendringen Bochum, Siegen und Wuppertal hat der Landesjugendring NRW drei kompetente Partner an seiner Seite, um modellhaft für alle Jugendringe und Jugendverbände in NRW Öffnungsprozesse zu initiieren, zu erproben und weiter zu entwickeln.

Der Kinder- und Jugendring Bochum hat bereits intensive Kontakte zu Vereinen junger Migrant(inn)en bzw. Migrantenselbstorganisationen (VJM/MSO) aufgenommen und einen Arbeitskreis gegründet, der sich regelmäßig trifft. In diesem Arbeitskreis haben die jeweiligen Partner die Gelegenheit, sich gegenseitig vorzustellen und Gemeinsamkeiten auszuloten. Unterstützungsbedarfe oder mögliche Kooperationen werden in diesem Kreis abgeklärt.

Der Stadtjugendring Siegen hat zur DIDF-Jugend Siegen Kontakt aufgenommen und unterstützt und berät sie in bürokratischen und rechtlichen Fragen, um eine Anerkennung als Vereinsstatus herbeizuführen. Kontakte zu weiteren Migrantenselbstorganisationen werden im weiteren Projektverlauf intensiviert.

Der Jugendring Wuppertal hat bereits eine Migrantenorganisation als Mitglied im Jugendring. Mit der Teilnahme am Projekt Ö will der Jugendring seinen Öffnungsprozess weiter entwickeln und Kontakte zu Migrantenorganisationen intensivieren.

Interkulturelle Öffnung erfordert eine intensive aufsuchende Arbeit. Hierfür haben die beteiligten Jugendringe Mitarbeiter(innen), die die Vorstände und Geschäftsführer(innen) bei ihrer Arbeit unterstützen.

Vertreter der Vereine junger Migrant(inn)en begrüßen die Kontakte und Kooperationen mit den Jugendringen. Sie betonen aber auch, dass sie für die Professionalisierung und weiteren Verstetigung ihrer Jugendverbandsarbeit auf Dauer gesehen strukturelle Förderung benötigen.

Tagungsprogramm

Interkulturelle Öffnung von Jugendverbänden und Jugendringen in NRW
als Chance und Herausforderung

Datum: Mittwoch, 08.09.2008, 10.00 – 16.30 Uhr

Veranstaltungsort: Jugendherberge Düsseldorf,
Düsseldorfer Str. 1, 40545 Düsseldorf

Programm

9.30 Uhr Anmeldung

10.00 – 10.20 Uhr Begrüßung und Einführung in die Fachtagung
Martin Wonik, Vorstandsvorsitzender Landesjugendring NRW e.V.

Grußwort
Prof. Klaus Schäfer
Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW

10.20 – 12.00 Uhr Relevante Forschungsperspektiven im Rahmen interkultureller
Öffnungsprozesse in der Jugendverbandsarbeit
Prof. Andreas Thimmel, Fachhochschule Köln, Fakultät für
angewandte Sozialwissenschaften

Zivilgesellschaftliche Bedeutung von Migrantenorganisationen –
Eine Bestandsaufnahme unter Berücksichtigung neuerer Entwicklungen
Dr. phil. Anwar Hadeed, Universität Oldenburg, Fakultät für
Erziehungs- und Bildungswissenschaften

12.00 – 13.00 Uhr Mittagspause

13.00 -15.15 Uhr Praxisorientierte Modelle und Methoden interkultureller Öffnung
5 Arbeitsgruppen

15.15 – 15.30 Uhr Kaffeepause

15.30 – 16.20 Uhr Podium
Zivilgesellschaftliche Bedeutung von Vereinen junger Migrant(inn)en

- Thomas Kufen, Integrationsbeauftragter der Landesregierung NRW
- Roland Mecklenburg, stellv. Vorstandsvorsitzender Landesjugend-ring NRW e.V.
- Onur Kodaş, DIDF Jugend NRW
- Eleonora Heinze, DJR Deutsche Jugend aus Russland e.V. NRW
- Vertreter aus den 3 Projektstandorten

16.20 – 16.30 Uhr Abschluss der Tagung
Roland Mecklenburg, stellvertretender Vorstandsvorsitzender
Landesjugendring NRW e.V.

Moderation: Isabelle Schayani, Redakteurin ARD-Politik-Magazin „Monitor“

Abkürzungen:

BJK	Bundesjugendkuratorium
DIDIF	Demokratik İşçi Dernekleri Federasyonu (Föderation demokratischer Arbeitervereine)
DJR	Deutsche Jugend aus Rußland e.V.
IKÖ	Interkulturelle Öffnung
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
LJR	Landesjugendring
MASSKS	Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport NRW
MJSO	Migratenjugendselbstorganisationen
MSO	Migrantenselbstorganisationen
NRW	Nordrhein-Westfalen
SGB	Sozialgesetzbuch
VJM	Vereine junger Migrant(inn)en

Laufzeit des Projektes: Oktober 2007 – September 2010

Kontakt:



Landesjugendring Nordrhein-Westfalen e.V.
„Projekt Ö“
Marissa Turac
Postfach 22 12 60, 41435 Neuss,
Tel. 02131-1258066, Fax 02131-1258166
info@ljr-interkulturell-nrw.de
www.ljr-interkulturell-nrw.de

Projektpartner:



Stadtjugendring Siegen e.V.
Postfach 210609
57030 Siegen
Tel. 0271-4042221
www.stadtjugendring.org



Jugendring Wuppertal e.V.
Bergstraße 50
42105 Wuppertal
Tel. 0202-312543
www.jugendring-wuppertal.de

Kinder- und Jugendring Bochum e.V.



Kinder- und Jugendring Bochum e.V.
Neustraße 7
44787 Bochum
Tel. 0234-43880930
www.jugendring-bochum.de

Projekt „Ö“ – Integration durch Partizipation – Junge Migrantinnen und Migranten als Akteure in Jugendringen und Jugendverbänden

In der Integration von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien und ihrer gleichberechtigten Mitwirkung in der Gesellschaft sieht der Landesjugendring NRW eine der wesentlichsten gesellschaftspolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre. Mit dem Projekt „Ö“ – „Ö“ steht für Öffnung der Jugendringe und Jugendverbände für Migrantinnen und Migranten – hat der Landesjugendring Nordrhein-Westfalen seine gesellschaftspolitische Aufgabe wahrgenommen und ein innovatives und richtungweisendes Modellprojekt gestartet. Beispielhaft werden an drei Standorten in NRW, den Jugendringen Bochum, Siegen und Wuppertal, interkulturelle Öffnungsprozesse in der verbandlichen Jugendarbeit initiiert und erprobt. Finanziert wird das dreijährige Projektvorhaben (Laufzeit Oktober 2007 – September 2010) mit Mitteln des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration. Die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation übernimmt die Fachhochschule Köln.

Die vorliegende Dokumentation gibt einen wissenschaftlichen und praktischen Einblick über den Stand interkultureller Öffnungsprozesse in der verbandlichen Jugendarbeit. Dargestellt werden, neben erfolgreichen Projekten in NRW, notwendige Rahmenbedingungen für Öffnungsprozesse der Jugendringe und Jugendverbände. Darüber hinaus wird die zivilgesellschaftliche Bedeutung von Migrantenselbstorganisationen und Vereinen junger MigrantInnen für die hiesige Gesellschaft erläutert und einer breiten Fachöffentlichkeit vorgestellt.